

Wartenberger Hof Veran

kostenlos
Stand
08/21



ANTIFA
RECHERCHE
BROSCHÜRE
BERLIN

MOTIV RECHTS

Spezial

DIE LICHTENBERGER AFD ZUR WAHL

PERSONEN



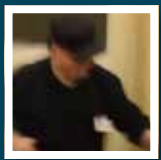
STRUKTUREN



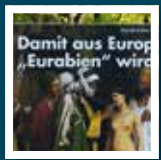
AKTIVITÄTEN



SKANDALE



IDEOLOGIE



Inhalt

Einleitung	03
Das Personal der Lichtenberger AfD	
Die Kandidat:innen zur AGH-Wahl 2021	05
Kasten: Die Kandidat:innen für die BVV	07
Ex-Sprecher Marius Radtke – Braune Wurzeln und wenig Biss	08
Heribert Eisenhardt – Der rechte Polit-Aktivist	09
Neonazis in der AfD – Der Fall Kay Nerstheimer	10
Falk Rodig – Identitärer Hetzer mit Wehrmachts-Tick in der BVV	12
Achille Demagbo - Der unbekannte Bundestagskandidat aus Lichtenberg	13
Die Strukturen der Lichtenberger AfD	
Die Räume der AfD in Lichtenberg	15
Der „Flügel“ in Lichtenberg	17
Die Parlamentarische Arbeit der AfD	
Die Drucksachen der AfD-Fraktion in der BVV	21
Ein Schlag gegen den demokratischen Dialog	26
Die Stadtratssuche der AfD	28
Arbeit des Stadtrates der AfD	29
Die Ideologie der AfD	
Rassismus in der AfD	31
Die Erinnerungspolitik der AfD	34
Der Umgang mit Gedenken und AfD	37
Gefälschte Nachrichten in Lichtenberg	38
Antisemitismus in der AfD	40
Die AfD und Antifeminismus	43
Was tun?	
Links und Kontakte	46

Impressum

Diese Broschüre wurde vom Recherchekollektiv „Motiv Rechts“ erstellt. In dessen Rahmen sind bisher drei Ausstellungen und vier Broschüren (2002, 2005, 2012 und 2014) erschienen. Die Broschüre wird kostenlos verteilt und ist nicht zum Verkauf gedacht. Die Verteiler:innen sind nicht mit den Autor:innen identisch. Die Rechte der Bilder liegen bei den jeweiligen Fotograf:innen.

Zitate sind aufgrund der Fülle nicht mit Quellenangaben gekennzeichnet. Diese liegen allerdings alle vor und können bei uns erfragt werden.

CN: Die Texte enthalten teilweise Zitate von AfDler:innen, die gewaltvolle, rassistische und misogynen Sprache enthalten.

Stand: August 2021

Auflage: 1.000 Stück

Kontakt: motivrechts@systemli.org

Eigendruck im Selbstverlag

Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen Fotograf:innen.



Liebe Leser:innen,

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist im Jahr 2021 im Bundestag, im Europäischen Parlament, in allen Landesparlamenten und in vielen kommunalen parlamentarischen Strukturen vertreten. Auch in Lichtenberg sitzt die AfD seit der Wahl 2016 mit zwölf Personen als drittstärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV).

Diese starke parlamentarische Verankerung stellt einen Umbruch des Parteiensystems in Deutschland dar. Bislang ist keiner extrem rechten Partei in Deutschland ein Parlamentseinzug in solch einem großen Rahmen gelungen. Bereits zum Einzug in den Bundestag im Jahr 2017 äußerte Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion und ehemaliger Bundessprecher der AfD, mit dem Ausspruch „Wir werden sie jagen!“ die eigens gesetzte Agenda. Wie ernst es die AfD damit meint, zeigt das provokative, zum Teil konfrontativ-aggressive Verhalten ihrer Abgeordneten. Verbalradikalismus, Tabubrüche oder Grenzüberschreitungen sind dabei kein

Zufall, sondern kalkulierte Strategie, um die Gesellschaft an rassistische oder extrem rechte Ideologie zu gewöhnen und autoritäre, diskriminierende Politik gegen Minderheiten legitim erscheinen zu lassen.

Parallel zur enthemmten und aggressiven Sprache, versucht sich die AfD als Opfer zu stilisieren. Politische Gegner:innen werden systematisch diffamiert oder sollen unter dem Dogma des Neutralitätsgebotes mundtot gemacht werden.

Politisch zielt die AfD auf ein illiberales Modell von Demokratie und Gesellschaft sowie die Rückbesinnung auf eine kulturell homogene, völkisch orientierte Nation ab. Die AfD verbindet dabei den Widerstand gegen den Euro und die EU mit der Kritik an genereller Zuwanderung. Sie fordert nach Björn Höcke, Sprecher der AfD Thüringen und Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, ein „großangelegtes Remigrationsprojekt“. Gekämpft wird gegen das „rot-grün versiffte 68er-Deutschland“, die „Klimadiktatur“ sowie die „Lügenpresse“.

Dieser Kampf wird auch auf der kommunalen Ebene in Lichtenberg sowohl durch die Vertreter:innen der AfD in der BVV als auch in den sozialen Medien der Bezirks-AfD geführt.

Im Rahmen der vorliegenden Broschüre soll ein Blick auf die Aktivitäten und ideologischen Grundlagen der Lichtenberger AfD in den letzten fünf Jahren geworfen werden. Zunächst wird das Personal der Lichtenberger AfD und ausgewählte Funktionäre vorgestellt. Anschließend werden sowohl die Strukturen als auch die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktion dargestellt. Den inhaltlichen Abschluss bilden die zentralen Themenfelder der AfD und deren Thematisierung durch die Akteure in der AfD.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und neue Informationen für die Auseinandersetzung mit der extrem rechten AfD, auch im Kontext der bevorstehenden Wahl.

„Motiv.Rechts“-Redaktionskollektiv,
August 2021



**Kandidat:innen zur Wahl des AGH und der BVV |
Neonazis und extrem rechte Akteure**

Das Personal der Lichtenberger AfD

Die Direktkandidat:innen der Lichtenberger AfD zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Viel hat sich nicht getan bei der Lichtenberger AfD. Im Vergleich zur letzten Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2016 treten fünf Jahre später erneut vier der sechs damaligen Kandidat:innen an. Lediglich die Zuteilung der Wahlkreise hat sich leicht verändert. Bei den beiden ausgeschiedenen Kandidaten handelt es sich um Kay Nerstheimer, der inzwischen bei der NPD ist, und Falk Rodig, dessen Sympathien für die extrem rechte „Identitäre Bewegung“ ein schlechtes Licht auf die Lichtenberger AfD werfen würden.

Stattdessen finden sich mit Uwe Dinda und Irina Pierenz zwei vermeintlich weniger kontroverse Personen auf der Kandidat:innen-Liste. Abgesehen von Karsten Woldeit verfügt keine:r der sechs über landespolitische Erfahrung. Doch die brauchen sie wohl auch nicht. Bis auf Marianne Kleinert und Irina Pierenz stehen alle Direktkandidat:innen ebenfalls auf den vorderen Plätzen der BVV-Liste. Somit lässt sich vermuten, dass es vor allem darum geht, irgendeinen politischen Posten zu bekommen. Ob dieser dann auf Landesebene oder im Bezirk ist, scheint egal zu sein. Doch wer sind die Direktkandidat:innen der AfD in Lichtenberg?



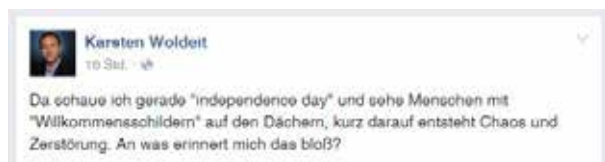
Karsten Woldeit (2.v.l.) mit Marianne Kleinert und Heribert Eisenhardt (1.v.l.) bei einer Demonstration der extrem rechten Bärjida, Juni 2017, Foto: Oskar Schwartz

Wahlkreis 1 (Neu-Hohenschönhausen, Wartenberg, Falkenberg) Karsten Ludwig Woldeit (Sprecher des Bezirksverbandes)

Der 46-jährige Karsten Woldeit zog 2016 noch über die Landesliste der AfD ins Berliner Abgeordnetenhaus ein. Bis zu seiner Wahl arbeitete der gelernte KfZ-Mechaniker beim Wachbataillon der Bundeswehr. Bevor er für die AfD aktiv wurde, war Woldeit Mitglied der CDU. Bis 2005 enga-

gierte er sich in der „Jungen Union“ von Berlin und saß bis 2010 als Bürgerdeputierter der Christdemokraten in der Bezirksverordnetenversammlung von Reinickendorf. Damit war Woldeit 2016 eines der wenigen Mitglieder der Lichtenberger AfD mit (lokal-)politischer Erfahrung. Im Abgeordnetenhaus wurde er zum innenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion. Zuletzt war Woldeit auch Mitglied des Notvorstandes der Partei und zählte dort zu den gemäßigeren Vertreter:innen. Um seine eigene politische Karriere langfristig abzusichern, versuchte Woldeit ein Erstarken des völkischen Parteiflügels in Berlin zu unterbinden.

Trotz dieser politischen Profilierungsversuche ist außerhalb der Social-Media-Kanäle seiner Partei von der parlamentarischen Arbeit Woldeits kaum etwas mitzubekommen. Im Gegensatz zu vielen Mitgliedern anderer Parteien des Abgeordnetenhauses bietet Woldeit keine Sprechstunden für Bürger:innen an. Ein Büro dafür hätte er. Zumindest lässt er sich die Miete für einen Raum mit einer Pauschale von rund eintausend Euro neben seinem Abgeordnetengehalt aus Steuermitteln auszahlen. Allerdings handelt es sich bei diesem Raum eher um eine kleine Abstellkammer in Marzahn, die sich Woldeit noch mit zwei weiteren AfD-Abgeordneten teilt. So sinkt auch der individuelle Mietanteil. Was mit den überschüssigen Zahlungen passiert, ist unklar. In seinem Lichtenberger Kiez ist Karsten Woldeit allerdings regelmäßig in den Kneipen rund um den Bahnhof anzutreffen. Dort soll er nach „Tagesspiegel“-Berichten auch schon mal die Zeche geprellt haben, obwohl es ihm durch die überschüssigen Mietzahlungen kaum an finanziellen Mitteln fehlen dürfte. Obwohl er als vermeintlich gemäßigtes AfD-Mitglied gilt, zeigt Woldeit wenig Berührungsängste mit extrem Rechten. Anfang 2018 nahm er an einem sogenannten Frauenmarsch in Berlin teil, der von einer extrem rechten AfD-Politikerin organisiert wurde. Ebenfalls dort anwesend war auch der PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann. Rund ein halbes Jahr zuvor wurde Woldeit bereits auf einer der ras-



sistischen BärGIDA-Demonstration am S-Bahnhof Lichtenberg gesehen. Als ein SPD-Politiker bei Twitter auf die Teilnahme des Innenpolitikers der AfD aufmerksam machte, verklagte ihn Woldeit. Er sei nur als „parlamentarischer Beobachter“ dort gewesen. Der AfD-Politiker verlor das Verfahren. Zuletzt provozierte Woldeit sogar einen Eklat im eigenen Bezirksverband. Bei der Aufstellung der Direktkandidat:innen zur Abgeordnetenhauswahl 2021 wollte Woldeit nicht in seinem Wohnumfeld, dem Weitlingkiez, antreten. Der Grund dürfte gewesen sein, dass dort die Chancen auf ein Direktmandat für die AfD relativ gering sind. Stattdessen beanspruchte er den Wahlkreis 1 in Neu-Hohenschönhausen für sich. Dort wurde 2016 der AfD-Kandidat Kay Nerstheimer überraschend direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt. Besonders pikant ist dies, weil er sich gegen seine ehemalige Lebensgefährtin Marianne Kleinert, die inzwischen in Neu-Hohenschönhausen lebt, durchsetzen musste.



Wahlkreis 2 (Alt-Hohenschönhausen, Malchow)
Gisela Starke-Kleese
 (Rechnungsprüferin des Bezirksverbandes und haushaltspolitische Sprecherin der BVV-Fraktion)

Bereits 2016 trat Gisela Starke-Kleese im Wahlkreis 2 in Lichtenberg für die AfD an. Damals verpasste sie mit 26% der Stimmen knapp den direkten Einzug ins Abgeordnetenhaus. Seitdem saß die 1939 geborene Starke-Kleese als eine der ältesten Vertreter:innen in der Lichtenberger BVV. Dort war sie Vorsitzende des Ausschusses „Rechnungsprüfung“ und Mitglied im Ausschuss „Haushalt und Personal“. Politisch war von ihr während

des fünfjährigen Mandats kaum etwas zu vernehmen. Kommunalpolitische Erfahrung hat sie vor ihrem Umzug nach Lichtenberg bei der „Bürgerliste Glashütten“ im hessischen Taunuskreis gesammelt. Nach dem Ende ihrer beruflichen Laufbahn studierte die gelernte Steuerberaterin und Wirtschaftsprüferin Philosophie in Berlin und Frankfurt. Zudem ist sie laut Eigenauskunft Mitglied im „Förderverein Schloss Hohenschönhausen e.V.“.



Wahlkreis 3 (Fennpfuhl)
Marianne Kleinert (Sprecherin für Bürgerbeteiligung der BVV-Fraktion)

In den ersten Jahren als Bezirkspolitikerin der AfD war Marianne Kleinert kaum ohne ihren damaligen Lebensgefährten Karsten Woldeit anzutreffen. Mit ihm besuchte sie die rassistische BÄRGIDA-Demonstration in Lichtenberg im Juni 2017 – stilecht mit Bier in der Hand – und den völkischen „Frauenmarsch“ im Februar 2018. Wie ihr ehemaliger Lebensgefährte arbeitete Marianne Kleinert bei der Bundeswehr. Inzwischen hat sie sich von Woldeit getrennt und lebt in Falkenberg. Eigentlich wollte sie dort im Lichtenberger Wahlkreis 1 als Direktkandidatin antreten und hätte durchaus Chancen gehabt, ins Abgeordnetenhaus einzuziehen. Doch nach parteiinternen Auseinandersetzungen verdrängte Woldeit sie von der Position. Nachdem sie bereits 2016 im Wahlkreis 4 den Einzug ins Abgeordnetenhaus verpasste, wird sie wohl auch ab 2021 weiterhin in der Bezirkspolitik aktiv bleiben. In der Lichtenberger BVV war Kleinert Mitglied in den Ausschüssen „Kultur und Bürgerbeteiligung“ sowie „Umwelt und Klimaschutz“ ohne einen bleibenden politischen Eindruck hinterlassen zu haben. Allerdings beteiligte sie sich in An-

fragen und Wortmeldungen aktiv an der Diffamierung sozialer Träger im Bezirk.



Wahlkreis 4 (Weitlingkiez und Frankfurter Allee Nord)
Irina Pierenz (Mitarbeiterin im AGH)

Obwohl sie sich kaum in Lichtenberg engagiert, ist Irina Pierenz eines der aktivsten AfD-Mitglieder aus dem Bezirk. Als Mitarbeiterin für die AfD im Abgeordnetenhaus war sie in den vergangenen fünf Jahren auf zahlreichen Partei-Veranstaltungen, Wahlständen und Stammtischen in der ganzen Stadt anzutreffen. Allerdings verkehrte sie dort vorwiegend mit Personen aus dem Marzahn-Hellersdorfer Bezirksverband, der als einer der rechtesten in ganz Berlin gilt. Zusammen mit ihrer vermutlichen Arbeitgeberin Jeanette Auricht war Pierenz beispielsweise von Beginn an auf einigen der verschwörungsideologischen und rechtsoffenen „Hygienedemos“ in Berlin. Auch an der AfD-Demonstration, die im Herbst 2018 in Chemnitz in Neonazi-Ausschreitungen endete, nahm sie laut eigenen Aussagen teil. Als eines der wenigen Parteimitglieder in Lichtenberg scheint Pierenz dem völkischen „Flügel“ in der Partei nahezustehen. Sie stand auf einer E-Mail-Liste der extrem rechten Parteigruppierung in Berlin und nahm an Veranstaltungen aus diesem Spektrum teil. Für die Lichtenberger AfD saß sie seit 2016 als Bürgerdeputierte im Ausschuss „Integration“. Zudem war sie jahrelang im Vorstand des Bezirksverbandes aktiv – zuerst als Beisitzerin und bis 2020 als stellvertretende Sprecherin.



Wahlkreis 5 (Friedrichsfelde)
Uwe Dinda (stellv. Sprecher des
Bezirksverbandes, verkehrspoliti-
scher Sprecher der BVV-Fraktion)

Uwe Dinda ist ein klassisches Beispiel für eine Person, die über die AfD auf politische Posten gewählt wurde, für die sie persönlich vollkommen ungeeignet ist. Seit Beginn der Legislaturperiode Ende 2016 sitzt der Mecklenburger als Vertreter seiner Partei im Vorstand der Lichtenberger BVV. Doch bereits im Januar 2017 wurde ihm aufgrund seiner rassistischen und sozialchauvinistischen Wortwahl das Rederecht entzogen. Doch das ist nicht der einzige Verstoß von Dinda gegen die politische Etikette oder generell die Gepflogenheiten eines respektvollen Miteinanders. So soll er laut „Tagesspiegel“-Berichten im Januar 2020 seinen Wagen ohne Parkscheibe auf dem Parkplatz des Rathauses abgestellt haben. Als er daraufhin von Mitarbeiter:innen des Ordnungsamtes ein „Knöllchen“ erhielt, beleidigte er sie lautstark aus den Fenstern der AfD-Fraktionsräume. Vom Vorsitzen-

den des „Ausschusses für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Bürgerdienste“ in der BVV wäre eigentlich ein anderes Verhalten gegenüber den bezirklichen Ordnungskräften zu erwarten gewesen. Aber die Ordnungsliebe der AfD scheint beim eigenen Auto zu enden.



Wahlkreis 6 (Karlshorst)
Dietmar Klaus Drewes (Vorsitzen-
der der BVV-Fraktion, baupoliti-
scher Sprecher der BVV-Fraktion)

Als Fraktionsvorsitzender in der BVV ist Dietmar Drewes ein wichtiges Gesicht der AfD in Lichtenberg. So vertritt er die Partei bei offiziellen politischen Anlässen im Bezirk oder fungiert als Anlaufpunkt für Erklärungen zur bezirkspolitischen Arbeit der AfD. In dieser Funktion stellte er sich auch schützend vor den Bezirksverordneten Michael Kossler, nachdem dieser einen Teilnehmer auf einer Diskussionsveranstaltung geschlagen hatte. Im Februar 2020 unterbrach Drewes die Gedenkmminute der Lichtenberger BVV für die Op-

fer der rassistischen Morde in Hanau mit einem Geschäftsordnungsantrag. Zuvor hatten sich zahlreiche Mitglieder der AfD-Fraktion darüber beschwert, dass die Tat als „rassistisch“ bezeichnet wurde. Sein politisches Kerngebiet ist die Baupolitik, sodass er für seine Partei im Ausschuss „Ökologische Stadtentwicklung und Mieterschutz“ sitzt. Außerdem ist Drewes Mitglied in den Ausschüssen „Haushalt und Personal“ sowie „Wirtschaft, Arbeit und Soziales und Gemeinwesen“. Im Gegensatz zu vielen anderen Bezirkspolitiker:innen der Partei ist Drewes sehr engagiert in der Basisarbeit. Er vertritt dabei den vom damaligen AfD-Landesvorsitzenden Pazderski angemahnten Grundsatz, zivilgesellschaftliche Projekte, wie Bürgerinitiativen, politisch verstärkt zu unterstützen und so zu beeinflussen. So sollen die AfD, ihre Akteur:innen und Positionen salonfähig gemacht werden. Zu diesem Zwecke formuliert Drewes Anfragen im Sinne der Initiativen oder sucht im Rahmen der Bürger:innenfragen in der BVV einen engen Kontakt zu Vertreter:innen von Projekten, die sich für die AfD ausschlagen lassen. Außerdem versuchte Drewes in der Vergangenheit auch, sich direkt in Bürger:inneninitiativen zu engagieren. Dabei kommen im seine Erfahrungen im Kleingarten-Vereinswesen sicherlich zugute. So ist Drewes Mitglied im Vorstand des Lichtenberger Bezirksverbandes der „Gartenfreunde e.V.“ und der Kleingartenanlage „Gartenfreunde Wuhlheide“.

Die Kandidat:innen-Liste der AfD für die BVV

Am 23. Februar 2021 gab die Lichtenberger AfD ihre Kandidat:innen für den Bundestag, das Abgeordnetenhaus und die ersten 10 von insgesamt 22 Plätzen für die BVV bekannt. Sie waren auf einem Bezirksparteitag am 21. und 22. Februar gewählt worden. In der Liste finden sich bisher wenig Überraschungen. Die gesamte Liste wird erst nach Erscheinen dieser Broschüre bekannt gegeben.

1. Karsten Woldeit, MdA
2. Dietmar Drewes
3. Uwe Dinda
4. Sebastian Faetke
5. Gisela Starke
6. Heribert Eisenhardt
7. Sükrü Celiker
8. Wolfgang Henning
9. Marianne Kleinert
10. Falk Rodig

Die AGH-Kandidat:innen Woldeit, Drewes, Dinda, Starke-Kleese und Kleinert haben sich über die BVV-Liste abgesichert. Auch die jetzigen BVV-Verordneten Faetke, Eisenhardt und Rodig treten erneut an. Neu sind lediglich Wolfgang Henning (bisher Bürgerdeputierter für Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Gemeinwesen) und Sükrü Celiker (Rassist, Höcke-Fan und Klimawandel-Leugner).

Ex-Sprecher Marius Radtke – Braune Wurzeln und wenig Biss

Der Weißenseer Zahnarzt Marius Radtke war bis 2020 Sprecher der AfD Lichtenberg. In der Lichtenberger BVV ist er gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und sitzt in den Ausschüssen Schule und Sport, sowie Gesundheit. Bei der Wahl 2017 trat er ohne Erfolg als Lichtenberger Bundestagskandidat an.



Flugblatt zur Bundestagswahl 2017

Nachdem Marius Radtke sich Anfang der 1990er Jahre bei der CDU engagierte, trat er Ende der 1990er Jahre der rechtspopulistischen Parteiabspaltung „Bund freier Bürger“ bei. 2000 kandidierte er für diese bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus. In diesem Zeitraum nahm er 1999 an mindestens einem Treffen der „Nationalen Sammlungsbewegung“ des Holocaust-Leugners Horst Mahler teil und an einer Demonstration des „Bund freier Bürger“ gegen den Bau des Holocaust-Mahnmals.

Radtke kann dem völkischen „Flügel“ der AfD zugerechnet werden. Er war einer der 14 Berliner Erstunterzeichner:innen der „Erfurter Resolution“ (2015) von Björn Höcke und André Poggenburg. Als im Frühjahr 2021 der Mailverteiler des Berliner „Flügels“ veröffentlicht wurde, fand sich dort auch Radtkes Kontakt.

Immer wieder nutzte Radtke seine Wortmeldungen in der BVV und seinen Facebook-Account für gezielte Provokationen. Er bezeichnete in der BVV zivilgesellschaftliche Organisationen im Bezirk als „Vorfeldorganisation des linksextremen Spektrums“ (2017) und nannte die Beteiligten von antifaschistischen Protesten gegen die AfD-Teilnahme an Shoah-Gedenken als „den Tätern von damals näher als den Opfern“ (2018). Kurz davor hatte er einen Shoah-relativierenden Artikel auf seiner Facebook-Seite geteilt.

Dass der oftmals als farblos wahrgenommene Radtke auch die rassistische und anti-muslimische Karte spielen kann, zeigte er bei seiner Instrumentalisierung des Mordes an Keira (2018, siehe Antifeminismus-Artikel, Seite 43) und auf seinem Wahlflyer zur Bundestagswahl. Dort spielte er LGBTQ gegen Migrant:innen und Muslime aus: „Wir verlieren Selbstbestimmung,[...] Mann/Frau Gleichberechtigung, LSBTTIQ-Toleranz und unseren sozialen Frieden als zukünftige Minderheit durch kulturfremde Massenmigration und Islamisierung. WOLLEN SIE DAS WIRKLICH?“ Wie weit es mit seiner „LSBTTIQ-Toleranz“ her ist, offenbarte er mit seinem Facebook-Beitrag „Senat vergiftet Kinderseelen! Die Umerziehung von Kindern zu Homophilie ist sexueller Missbrauch!“.



LGBTIQ*-feindliches Facebook-Banner von Radtke

Heribert Eisenhardt – Der rechte Polit-Aktivist

Eigentlich hätte Heribert Eisenhardt nie in die AfD aufgenommen werden dürfen. Vor seinem Eintritt 2014 war er Mitglied der islamophoben Kleinstpartei „Die Freiheit“. Dort saß er im Landesvorstand und im Vorstand des „Bezirksverbands Ost“ – zusammen mit Kay Nerstheimer. Ende 2013 stellte „Die Freiheit“ ihre politische Arbeit weitestgehend ein und legte ihren Mitgliedern nahe, in die AfD zu wechseln. Diese reagierte mit einem Aufnahmestopp. Im Lichtenberger Bezirksverband der AfD war Eisenhardt dennoch willkommen.

Momentan sitzt Heribert Eisenhardt für die Partei in der BVV und fungiert als kulturpolitischer Sprecher der Fraktion. Zudem ist er Mitglied im Ausschuss für „Kultur und Bürgerbeteiligung“, im Integrationsausschuss sowie im Ausschuss für „Gleichstellung und Inklusion“. In seinen Reden bedient er kontinuierlich die bekannten talking-points des völkisch-autoritären Populismus und hetzt gegen politische Gegner:innen. Zudem war er lange Zeit auch Mitglied im Bezirksvorstand.

Innerhalb der AfD ist Eisenhardt Anhänger des völkisch-nationalistischen „Flügels“, auf dessen E-Mailliste er in Berlin stand. Zudem war er 2015 einer der Unterzeichner:innen der „Erfurter Resolution“, mit der der „Flügel“ gegründet wurde, und 2018 besuchte er das „Wartenberger Fest“. Doch Heribert Eisenhardt engagiert sich nicht nur in der AfD. Er ist seit Jahren auch außerparlamentarisch in der extremen Rechten Berlins aktiv. In den Jahren 2013 und 2014 trat Eisenhardt als Redner beim sogenannten Tag der Patrioten auf, bei dem sich ebenfalls gewaltbereite Neonazi-Hooligans und NPD-Mitglieder versammelten. Darüber hinaus war Eisenhardt jahrelang Aktivist und Pressesprecher der Berliner PEGIDA-Abspaltung BärGIDA. Insbesondere in den Jahren 2014 bis 2017 gab es kaum eine rechte Demonstration in Berlin, auf der Eisenhardt nicht anzutreffen war. Er nahm an den rassistischen „Merkel muss weg!“-Versammlungen von „Wir für Deutschland“ ebenso teil wie an einem Neonazi-Aufmarsch im April 2016 in Hellersdorf. Auch wenn Heribert Eisenhardt in den letzten Jahren weniger auf den Straßen anzutreffen war, hat sich an seinen grundsätzlichen Überzeugungen nichts geändert. Er hat seinen Aktivismus vor allem auf Facebook verlegt und schreibt ab und an Texte für die Homepage der Lichtenberger AfD. Bei den anstehenden Wahlen tritt Eisenhardt wieder auf der BVV-Liste an, sodass der extrem rechte Aktivist wahrscheinlich weiterhin Teil des Lichtenberger Bezirksparlaments bleiben wird.



Beim „Nein zum Heim“-Aufmarsch in Marzahn am 22. November 2014, Foto: Leftvision



BärGIDA-Aufmarsch mit Sebastian Schmidtke (NPD), Manfred Rouhs (Pro Deutschland) am 8. Juni 2015, Foto: apabiz



Eisenhardt bei einem Neonazi-Aufmarsch in Hellersdorf am 2. April 2016, Foto: Alex Stifte

Neonazis in der AfD – Der Fall Kay Nerstheimer

Kay-Uwe Nerstheimer steht wie kaum eine andere Person bundesweit für die Akzeptanz von offensichtlichen Akteuren der extremen Rechten in der AfD. Schon vor seinem Parteieintritt blickte er auf eine lange Karriere in unterschiedlichen rechten Gruppierungen zurück. Dennoch zog er als Direktkandidat der Lichtenberger AfD 2016 ins Berliner Abgeordnetenhaus ein. Aufgrund seiner Vergangenheit und seiner politischen Ansichten wurde er nie in die AfD-Fraktion aufgenommen. Inzwischen wurde Nerstheimer auch aus der Partei ausgeschlossen. Seit Ende 2020 füllt er sein Mandat für die NPD aus. Kay Nerstheimer ist damit in der ganzen Bundesrepublik der einzige hauptamtliche Parlamentarier der Neonazi-Partei NPD.

Ein rassistischer Waffennarr

Das erste Zeichen für ein politisches Engagement des Neu-Hohenschönhauseners Nerstheimer findet sich im Jahr 2012. Damals bezeichnete er sich in einem rechten Internetforum als Anführer („Division Leader“) des Berliner Ablegers der „German Defence League“, einer zutiefst rassistischen Schlägergruppe, die vorrangig das Ziel verfolgte, Gewalt gegen Muslime auszuüben. In seinem Post forderte Nerstheimer zudem, diese Gruppe zu einer bewaffneten Miliz auszubauen. Den ernsthaften Hintergrund dieser Fantasie belegen diverse Internetposting, in denen der ehemalige Hauptgefreite der Luftwaffe und Reservist der Bundeswehr für Waffen wirbt oder mit Schusswaffen posiert. Zur selben Zeit war Nerstheimer bereits Mitglied der islamophoben Kleinstpartei „Die Freiheit“. Dort bekleidete er den Posten des stellvertretenden Vorsitzen-

den vom „Berliner Bezirksverband Ost“ und trat 2011 erfolglos für die Partei zur Abgeordnetenhauswahl an. Obwohl offiziell keine ehemaligen Mitglieder der „Freiheit“ in die AfD aufgenommen werden sollten, konnte Nerstheimer ohne Probleme in die Partei eintreten. Und er war nicht der einzige im Lichtenberger Bezirksverband. Mit Heribert Eisenhardt und Falk Rodig sind zwei ehemalige Mitglieder der „Freiheit“ für die AfD in der BVV.

Ein homophober Internethetzer zieht ins Abgeordnetenhaus ein

Neben seinem Engagement in verschiedenen Gruppierungen der extremen Rechten lebte Nerstheimer sein menschenverachtendes Weltbild ebenfalls offen im Internet aus. Ende 2014 bezeichnete er in einer Facebook-Diskussion Homosexuelle als „degeneriert“ und „widerna-

türlich“. Noch 2016 hetzte er in Reichsbürger-Manier gegen die „Polithuren“ der „BRD-Treuhandgesellschaft“ und nannte im gleichen Atemzug Geflüchtete „Parasiten, die sich von den Lebenssäften des deutschen Volkes ernähren“. Zu dieser Zeit war Nerstheimer bereits AfD-Mitglied. In seinem Lichtenberger Bezirksverband saß er sogar als Beisitzer im Vorstand und bekam wenig später einen aussichtsreichen Platz auf der BVV-Liste sowie die Direktkandidatur für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 1 (Neu-Hohenschönhausen). Dort erreichte er mit 26% der Stimmen knapp das beste Ergebnis und zog direkt ins Berliner Parlament ein. Dies war eine enorme Überraschung und zeigte, dass die AfD-Wähler:innen im Wahlkreis auch bereit waren, offensichtliche Angehörige der extremen Rechten zu wählen. Im Abgeordnetenhaus schloss sich Nerstheimer



Die Lichtenberger AfD provoziert auf dem „Bunte Platte“-Fest im Mai 2018, mit dabei Kay Nerstheimer, Hartmut Naß, Marius Radtke, Hartmut Bahlke, Frank Elischewski, Falk Rodig, Reiner Pfesdorf und Karsten Woldeit. Mai 2017, Foto: Kim Winkler



Kay Nerstheimer in seinem Abgeordneten-Büro beim Spielen mit einem Modellbaupanzer.

jedoch nie der AfD-Fraktion an. Er selber erklärte, dass es sich bei diesem Rückzug um eine persönliche Entscheidung gehandelt habe. Er hätte so politischen Schaden von der Partei abzuwenden versucht, den seine inzwischen bundesweit diskutierten Internet-Postings ausgelöst hatten. Nach Aussagen vom ehemaligen AfD-Abgeordneten Andreas Wild war es jedoch die AfD-Fraktion, die Nerstheimer aus Angst vor Imageschäden nicht sofort aufnehmen wollte. Stattdessen versprach ihm die Fraktionsmitgliedschaft, sobald „Gras über die Sache gewachsen ist“.

Still big in Ost-Berlin

Trotz seiner Position als Fraktionsloser am einsamen Katzentisch des Berliner Parlaments war Kay Nerstheimer in der Lichtenberger AfD immer noch ein anerkanntes Mitglied. Er blieb weiterhin im Vorstand oder war mit dem Großteil des Bezirksverbandes zum Biertrinken auf dem „Bunte Platte“-Fest am 1. Mai 2017. Wenige Monate später besuchten zudem viele Lichtenberger AfD-Mitglieder die Eröffnung vom Bürgerbüro Nerstheimers in einem anonymen Bürogebäude in der Gehrenseestraße. Mit Manfred Rouhs nahm daran auch ein bundesweit bekannter Aktivist der extremen Rechten teil, der zu der Zeit der islamophoben Kleinstpartei „Pro Deutschland“

vorstand. Das Büro selbst wurde von Nerstheimer nie für öffentliche Sprechstunden genutzt und durfte vor allem als Lagerraum gedient haben.

Der unsichtbare Parlamentarier

Im Laufe des Jahres 2017 nahm der politische Druck auf Nerstheimer zu. Zuerst wurde im Juni seine politische Immunität aufgehoben, wodurch die Berliner Staatsanwaltschaft wegen der menschenverachtenden Facebook-Posts gegen ihn ermitteln konnte. Anfang 2018 wurde er dann aufgrund seiner Aussagen über Homosexuelle der Volksverhetzung für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe verurteilt. Selbst nach dem Gerichtstermin stand Nerstheimer weiter zu seiner Haltung und ging in Berufung. Im April 2019 wurde das Urteil jedoch auch in der zweiten Instanz bestätigt. Abseits der Skandale zog sich Nerstheimer fast vollständig aus der Öffentlichkeit zurück. Er war kaum noch auf öffentlichen politischen Veranstaltungen zugegen und löschte seine Accounts in den sozialen Medien. Auch im Abgeordnetenhaus blieb er weitestgehend unsichtbar. In fünf Jahren Parlamentsarbeit stellte er lediglich 45 schriftliche Anfragen. Zum Vergleich stellte der ebenfalls fraktionslose Marcel Luthé (vormals FDP) im gleichen Zeitraum fast 300 Anfragen.

Der Weg noch weiter nach rechts

Lediglich im Januar 2018 kam Nerstheimer für seine Parlamentsarbeit kurz in die Schlagzeilen. Zusammen mit Andreas Wild, der ebenfalls aufgrund seiner extrem rechten Ansichten aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen worden war, wollte er eine parlamentarische Gruppe „Die Blauen“ gründen. Dazu kam es jedoch nie. Stattdessen bewegte sich Nerstheimer immer weiter nach rechts und näherte sich beispielsweise dem völkischen „Flügel“ der AfD um Björn Höcke und Andreas Kalbitz an. Im Jahr 2018 nahm er an einem bundesweiten Treffen der Parteigruppierung in Berlin-Hohenschönhausen teil. Ein Jahr später besuchte Nerstheimer das „Kyffhäuserreffen“

in Leinefelde. Anfang 2020 wurde der „Flügel“ zum Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes erklärt und löste sich anschließend selbst auf. Zu dieser Zeit war Nerstheimer bereits Gast beim extrem rechten „Dienstagsgespräch“ in Berlin, an dem auch zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der NPD teilnahmen. Rund ein Dreivierteljahr später warb die Neonazi-Partei mit dem Übertritt eines hauptamtlichen Parlamentariers in ihre Reihen, ohne zunächst dessen Namen zu nennen. Die Vermutungen, dass es sich hierbei um Nerstheimer handeln könnte, bestätigten sich recht schnell.

Schwer bewaffnet in die politische Bedeutungslosigkeit?

Die Beweggründe zu diesem Schritt sind unklar. Kurzfristig ist es für beide Seiten eine Win-Win-Situation. Die NPD erhält öffentliche Aufmerksamkeit und kann sich als „wahre Opposition“ im Gegensatz zur AfD inszenieren. Und Nerstheimer muss sich nicht mehr für seine Ansichten rechtfertigen. Langfristig dürfte jedoch keine Seite daraus politischen Profit schlagen können. Die NPD ist in Lichtenberg und bundesweit zu schwach, als das Nerstheimer erneut für sie ins Parlament einziehen könnte. Zugleich wurde er bei der Wahl 2016 weniger als Person, denn als AfD-Kandidat gewählt, sodass ihm der erneute Einzug ins Abgeordnetenhaus nicht gelingen dürfte.

Zugleich schaffte es Kay Nerstheimer Ende 2020 noch einmal in die Zeitungen, als bekannt wurde, dass er im Internet Waffenzubehör bewertet hatte. Zwar ist bekannt, dass Nerstheimer einen Waffenschein hat und eigene Waffen besaß und über eigene Waffen verfügte.

Doch einiges von dem Zubehör gehört zu Waffen, die dem Kriegswaffenkontrollgesetz unterliegen. Insgesamt ist somit zu vermuten, dass Nerstheimer sein üppiges Abgeordnetengehalt unter anderem zum Erwerb von teilweise verbotenen Waffen eingesetzt hat. Vor dem Hintergrund bewaffneter Netzwerke rechter Prepper in der Bundesrepublik gibt eine solche politische Entwicklung durchaus Anlass zur Besorgnis.

Inzwischen wurde dem Parlamentarier die Waffenbesitzkarte entzogen. Nerstheimer hat gegen die Entscheidung Klage eingelegt.

Falk Rodig – Identitärer Hetzer mit Wehrmachts-Tick in der BVV

Falk Rodig ist nicht erst seit der Gründung der AfD politisch aktiv. Genau wie die anderen extrem rechten Akteure Heribert Eisenhardt und Kay Nerstheimer entstammt er der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“. Für diese trat er 2011 zur Abgeordnetenhauswahl an. Noch im April 2013 war er in der „Freiheit“ tätig. Zu diesem Zeitpunkt vertrat er das Klinikum München als Anwalt. Nach dem Bekanntwerden seiner Parteiaktivitäten verlor er dieses Mandat.

Für die AfD sitzt Falk Rodig seit 2016 in der BVV. Er ist dort im Ausschuss für „Ökologische Stadtentwicklung und Mieterschutz“ sowie im Ausschuss für „Schule und Sport“. Für die Lichtenberger AfD tritt er als Sprecher für Schule und Sport auf.

Auch nach seinem Übertritt in die AfD machte er mehrfach keinen Hehl aus seinen extrem rechten Einstellungen. Er solidarisierte sich mehrfach mit der „Identitären Bewegung“ und unterstützte diese finanziell, indem er bei ihrem Modelabel „Phalanx Europa“ einkaufte. Er ist darüber hinaus regelmäßiger Besucher der Berliner Stammtische der „Jungen Alternative“ und Anhänger des „Flügels“. Er war nicht nur auf der zentralen „Flügel“-

Veranstaltung in Berlin, dem „Wartenberger Fest“ 2018 und bei einem Vortrag von André Poggenburg und Andreas Kalbitz in Hellersdorf im selben Jahr, wo er Pressevertreter:innen bedrohte.

Rodig fiel auch in der BVV und im Internet mehrfach mit verbalen Ausfällen auf. So teilte er wiederholt Beiträge über Wehrmachtsgräber und Neonazis, die diese pflegten. Er teilte einen Beitrag von Björn Höcke, in dem die Nazi-Musiker Chris Ares und Sacha Korn beworben wurden. Ebenfalls teilte er einen Beitrag des Anmelders der Neonazi-Aufmärsche „Wir für Deutschland“, Enrico Stubbe, nachdem sein AfD-Parteikamerad Karsten Woldeit das Verbot eines von Stubbe organisierten Aufmarschs am 9. Novem-

ber gefordert hatte. Zentrale Begriffe der Faschisten, wie „Volksgemeinschaft“ werden von ihm mit positiven Bezügen gewürdigt. In einer Rede vor der BVV lehnte er Gelder eine Gedenkinitiative ab, weil diese keinem öffentlichen Zweck dienen würden und verhöhnende die Initiator:innen als „Nachkommen von KZ-Häftlingen ... Entschuldigung; KZ-Häftlinge. (lacht)“

Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgte er mit einem frauenfeindlichen Kommentar über die Berliner Justiz, der von den „Hooligans gegen Satzbau“ aufgegriffen wurde und Rodig einen ordentlichen Shitstorm einbrachte. (Siehe Antifeminismus-Artikel, Seite 43)



Falk Rodig (Mitte) mit Hose des „Identitären“-Labels „Phalanx Europa“

Achille Demagbo – Der unbekannte Bundestagskandidat aus Lichtenberg

Lange Zeit sah es so aus, als ob der politische Horizont der Lichtenberger AfD hinter den Bezirksgrenzen aufhört. Außer von Karsten Woldeit gab es kaum Ansätze, sich aktiv in die Landespolitik von Berlin einzubringen. Nun versucht mit Achille Demagbo sogar eine Person aus Lichtenberg über die AfD-Landesliste in den Bundestag einzuziehen. Das dürfte selbst viele Mitglieder des AfD-Bezirksverbandes überrascht haben, da Demagbo dort bisher nahezu unsichtbar war. Er trat weder öffentlich für die Partei in Erscheinung, noch engagierte er sich innerhalb des Verbandes. Selbst auf den Wahlparteitagen der Berliner AfD, auf denen er als Bundestagskandidat gewählt wurde, war er nicht anwesend. Er war nämlich nicht vom Lichtenberger Verband als Delegierter gewählt worden und musste deshalb seine Kandidatur schriftlich einreichen. Dennoch lohnt ein Blick auf seine Person.



Von Kiel in den Bundestag

Der aus dem afrikanischen Benin stammende Achille Demagbo arbeitet als Dolmetscher und Übersetzer und ist seit 2013 in der AfD aktiv. Er hat damit die politische Entwicklung der Partei – vom nationalliberalen Kurs unter Bernd Lucke hin zum offenen völkischen Autoritarismus der Gegenwart – mitgemacht und unterstützt sie. Lange Zeit lag sein politischer Fokus jedoch in Schleswig-Holstein. Er war Gründungsmitglied der AfD in Kiel und lange Zeit Vorsitzender des Ortsverbandes. Zudem war Demagbo Mitglied im Landesvorstand der Partei in Schleswig-Holstein. Laut eigenen Aussagen verortet sich Demagbo am völkischen Rand der Partei und unterstützte die inzwischen aufgelöste Parteigruppierung vom „Flügel“. Schließlich wechselte er in die Bundespolitik und arbeitet als sogenannter Afrika-Referent für die AfD-Fraktion im Bundestag, wenn auch weitestgehend abseits der öffentlichen Wahrnehmung. Seine Kandidatur als Abgeordneter im Bundestag ist nun der Versuch, auf der parteiinternen Karriereleiter aufzusteigen. Da Achille Demagbo jedoch nur auf Platz acht der Berliner Landesliste kandidiert, dürfte daraus nichts werden. So kam die AfD bei den zurückliegenden Bundestagswahlen in Berlin 2017 auf 12%. Damit zogen vier Personen ins Parlament ein. 2021 wird die AfD Mühe haben, dieses Ergebnis wieder zu erreichen.

Ein Verbündeter rassistischer Politik

Doch bereits jetzt erfüllt Demagbo eine wichtige Rolle für die Partei. Er ist eine der wenigen bundesweit bekannten Person of Color in der AfD. Deshalb wird er von

AfD-Sympathisant:innen vielfach in (online-)Diskussionen angeführt, um zu belegen, dass die Partei gar nicht rassistisch sein kann, weil sie ja auch Personen, die nicht in Deutschland geboren wurden, als Mitglieder akzeptiert, wenn diese „gut integriert“ sind. Leider springen auch viele Medien auf diesen Zug auf und porträtieren Demagbo als vermeintlich unpassenden „Exot“ (Schlagzeile der taz und der FAZ) in der AfD. Sowohl AfD-Anhänger:innen als auch die entsprechenden Medien scheinen nicht verstehen zu können, dass auch People of Color diskriminierende Ansichten abseits eines biologischen Rassismus vertreten können. So wertet Demagbo Menschen anhand ihres Glaubens ab und fabuliert von einer vermeintlichen Islamisierung in afrikanischen Ländern. Seine Hetze gegen Geflüchtete beruht vor allem auf sozialchauvinistischen Zuschreibungen, indem er jenen, die eben nicht wie er als Studierende mit einem privilegierten Hintergrund in die Bundesrepublik kommen, unterstellt, nichts zur Gesellschaft beizutragen.

Insgesamt inszeniert sich Demagbo als enger Verbündeter der völkischen Parteipolitik und verteidigte beispielsweise die rassistischen Aussagen von Björn Höcke über den „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstypus“. Achille Demagbo saß auch in der ersten Reihe als die AfD im Bundestag einen Veranstaltung mit Bruce Gilley, einem geschichtsrevisionistischen Professor aus den USA, durchführte. Dieser lobt die vermeintlichen Leistungen des deutschen Kolonialismus und im Anschluss planten die Anwesenden die Neu-Kolonisierung des Kontinents. Demagbo ließ vor der

versammelten Presse verlauten, dass „alle Menschen in Afrika“ wüssten, dass Gilley die Wahrheit sagt. Auch ein Interview mit dem Lichtenberger Bezirksverband vom Juli 2021 zeigt, dass Demagbo gerne im Namen „aller Afrikaner“ spricht. So versucht er persönliche Ansichten zu Kolonialismusdebatten oder antirassistischen Bewegungen, wie „Black Lives Matter“, als politischen Konsens hinzustellen. Unterschiede zwischen einzelnen Staaten, Regionen oder Menschen interessieren ihn dabei nicht. Damit reproduziert Achille Demagbo ein vereinfachtes Afrika-Bild, das leider in der Bundesrepublik weit verbreitet ist und den Kontinent eher wie einen einzelnen Staat mit einem einheitlichen Willen behandelt.

Eine rassistische Partei bleibt eine rassistische Partei

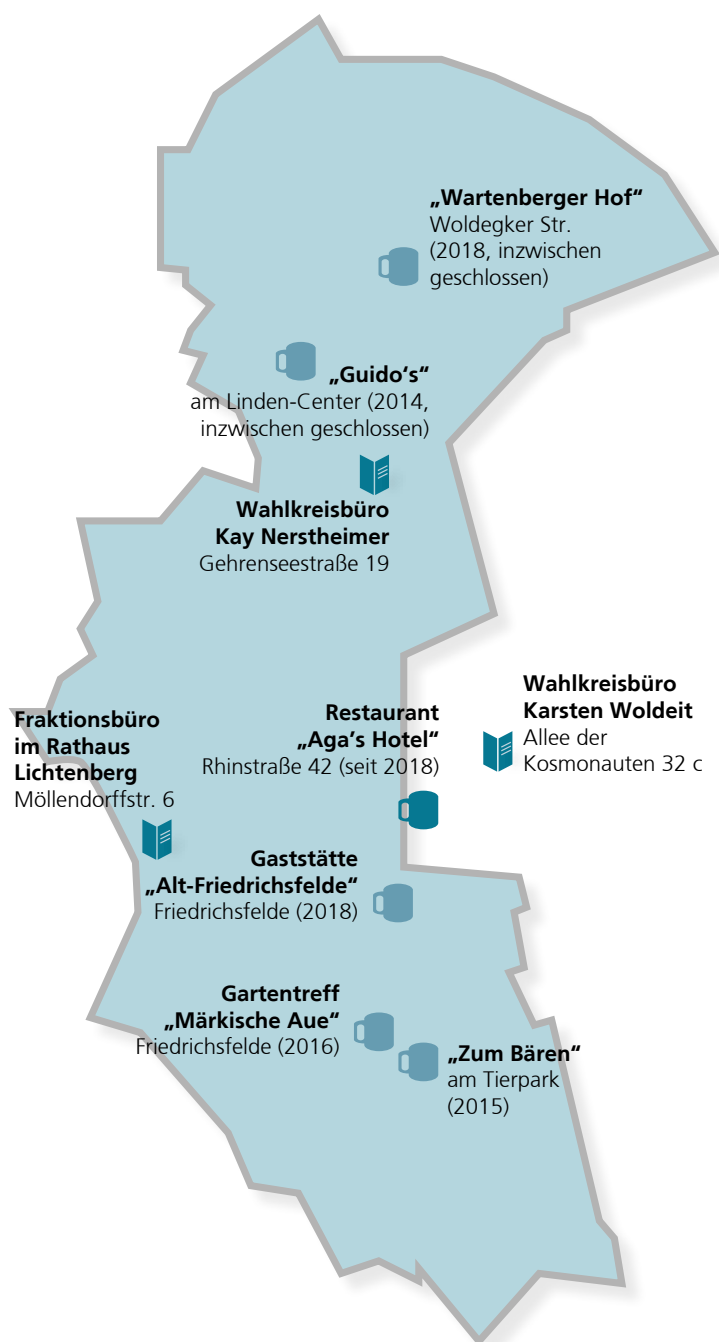
Die AfD kann so immer auf Demagbo verweisen und behaupten, dass z.B. antirassistische Debatten an der Lebenswelt von People of Color vorbeigehen würden. Letztendlich offenbart der Umgang mit Demagbo jedoch den Rassismus in der Partei. Er wird wieder genau auf seine Hautfarbe und den Geburtsort reduziert, um Parteipositionen aus der Perspektive eines „nicht-weißen“ Menschen zu bestätigen. Eine eigene politische Agenda abseits dieses Themengebiets wird ihm nicht zugestanden. In der AfD kann eine Person of Color eben höchstens „Afrika-Referent“ sein, die anderen Themen bleiben lieber in völkischer Hand. Somit ist Demagbo keine Ausnahme in der Partei, sondern eine Bestätigung ihrer menschenfeindlichen Politik.

**Büros | Kneipen | Veranstaltungsräume |
Der „Flügel“ in Lichtenberg**

Die Strukturen der Lichtenberger AfD

Die Räume der AfD in Lichtenberg

Seit dem Bestehen des Bezirksverbandes Lichtenberg versucht die AfD durch Stammtische, Informationsstände und sonstige Veranstaltungen ihre rassistische und menschenverachtende Politik zu verbreiten. Insbesondere vor den Wahlen im Jahr 2016 wollte die noch „junge“ Partei durch die Durchführung von Stammtischen bekannter werden. Auf diesen können neue Mitglieder und auch Besucher:innen direkt für Aktionen eingebunden und auf die Politik der Partei eingeschworen werden.



Bei den Treffen, die meist in Hinterzimmer von Restaurants stattfanden, trafen sich aktive Mitglieder und Sympathisanten:innen zum Biertrinken und Vernetzen. Anfangs noch offen auf ihrer Internetseite angekündigt, konnten interessierte Personen so ohne viel Aufwand mit der Partei in Kontakt treten. Da die Partei schon zu diesem Zeitpunkt politisch mit ihren Positionen nach rechtsaußen gerückt war, haben linke Gruppen auf diese Stammtische aufmerksam gemacht. Inhaber:innen der Restaurants sollten dazu bewegt werden, der Partei keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Auch wenn die Anmeldungen der Stammtische als Privatperson erfolgten, wussten die meisten Wirt:innen, wer sich bei ihnen trifft.

Um die Wirt:innen zu überzeugen, die Zusammenarbeit mit der AfD aufzukündigen, wurde zunächst mit diesen gesprochen. Erfolgte darauf keine eindeutige Reaktion, wurde die Nachbarschaft durch Plakate oder Flyer über das Treiben der Gaststätte informieren. Der so erzeugte öffentliche Druck sorgte in fast allen Fällen zu einer Aufkündigung der Zusammenarbeit. Durch diese Interventionen musste der AfD-Stammtisch zwischen den Jahren 2015 und 2018 insgesamt viermal umziehen. Nach letzten Informationen ist seit 2018/19 davon auszugehen, dass kein öffentlicher Stammtisch mehr stattfindet. Ein Kennenlernen der Partei findet aktuell in den Fraktionsräumen der AfD im Lichtenberger Rathaus statt.



AfD-Stammtisch in „Alt-Friedrichsfelde“, April 2018

Der letzte bekannte Ort, das Restaurant im Hotel „Aga’s“ in der Rhinstraße, wurde Mitte 2018 zum ersten Mal durch die Lichtenberger AfD und später durch deren Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) als Stammtisch bzw. Versammlungsort genutzt. Ein Gespräch mit dem Besitzer verlief ins Leere: Ihm sei egal, wer seine Räume nutzt, er wolle weiterhin seine Räume der AfD zur Verfügung stellen. Auch hoffe er auf zusätzliche Einnahmen, die er sich von einer Zusammenarbeit verspreche. Aktionen, wie z.B. ein Go-In bei einem Weihnachtsbrunch im Dezember 2018, ließen den Eigentümer nicht von seiner Haltung abrücken. Neben den Stammtischen im öffentlichen Raum konnte die AfD aber auch auf Büros von Mitgliedern zurückgreifen. Dazu zählte zum einen die Arbeitsvermittlung „Arbeit und Beratung“ des Mitglieds des Abgeordnetenhauses (MdA) Andreas Wild, welche von 2017 bis 2020 eine Zweigstelle in der Möllendorfstraße besaß. Zum anderen verfügt der mehrfach vorbestrafte MdA Kay Nerstheimer über ein Büro in Hohenschönhausen. Nerstheimer gehörte seit seiner Amtszeit im Abgeordnetenhaus allerdings nicht zur AfD-Fraktion und wechselte Ende 2020 zur NPD. Das Bürgerbüro von Karsten Woldeit, ebenfalls MdA, befindet sich trotz seiner angeblichen Verbundenheit mit Lichtenberg in Marzahn-Hellersdorf.

Für größere Veranstaltungen schaffte es die AfD aber auch immer wieder Räume im Bezirk zu mieten. Dazu zählte u.a. der mittlerweile geschlossene „Wartenberger Hof“, welcher auch schon als Versammlungsort für den extrem rechten „Flügel“ im Rahmen des „Wartenberger Festes“ (2018) genutzt wurde. Ein Landesparteitag der Berliner AfD im Jahr 2016 wurde von einem A&O-Hostel in Mitte nach Hohenschönhausen verlegt. Trotz bundesweiter Proteste rückte die „A&O Hostels Marketing GmbH“ nicht von ihrem Vorhaben ab, die Räume an die AfD zu vermieten. Für parteiinterne Treffen mietete sich die AfD-Lichtenberg 2015 und 2020 in zwei Seniorenzentren ein. Die Anmietung im Jahr 2020 erfolgte dabei unter einem „neutralen“ Verein und täuschte somit absichtlich die Verwaltung in diesem Senior:innenzentrum. Als wohltätiger Verein hätte diese niemals an die AfD vermietet. Die Wahl eines neuen Vorstands Anfang 2021 fand allerdings außerhalb des Bezirks, im AfD-Büro in Blankenburg (Pankow), statt. Für die Kandidat:innenaufstellung der Lichtenberger AfD für die Berlin-Wahl 2021 griff der Lichtenberger Verband auf das Restaurant „Mittelpunkt der Erde“ in Hoppegarten bei Berlin zurück.



AfD-Stammtisch in „Aga’s“ Hotel, August 2018

Kreative Aktionen gegen AfD-Räume

Um Betreiber:innen von Restaurants und Veranstaltungsräumen zur Abkehr in der Zusammenarbeit mit der AfD zu bringen, reicht es manchmal nicht aus, mit Flyern und Plakaten darauf aufmerksam zu machen. Durch Kundgebungen direkt vor Ort kann zusätzlich öffentlichen Druck aufgebaut werden. So luden Aktivist:innen im März 2016 unter dem ironischen Motto „Gegrillte Würste statt gerechte Löhne“ zu der Eröffnung einer Zweigstelle der Arbeitsvermittlung „Arbeit und Beratung“ des MdAs Andreas Wild ein. Somit konnte zum einen die Öffentlichkeit durch die anwesende Presse erreicht werden, zum anderen missglückte die geplante feierliche Eröffnung des Büros. Der Besuch des „Weihnachtsmannes“ und seinen Gehilfen in den Geschäftsräumen der Vermieterin HOWOGE forderte die sofortige Kündigung der Räume an Andreas Wild. Die HOWOGE allerdings verwies auf den Mietvertrag, der keine rechtlichen Spielräume für eine Kündigung ließe.

Eine ähnliche Aktion fand zu Weihnachten im Hotel „Aga’s“ in der Rhinstraße statt: Eingeladen zu einem Weihnachtsbrunch besuchten aktivistische Weihnachtsfrauen und -männer diesen und informierten die anwesende Gäste über die Zusammenarbeit zwischen dem Hotel und der AfD. Leider zeigte sich der Eigentümer unbeeindruckt von dieser und anderen Aktionen. Er gab an, auch weiterhin der AfD Räume zur Verfügung stellen zu wollen.

Fazit:

Angetreten als junge Partei versuchte die AfD in Lichtenberg über die Durchführung von Stammtischen neue Mitglieder und Sympathisant:innen zu gewinnen. Aufgrund verschiedener Proteste konnten der AfD diese Räume genommen werden. So verringerte sich die Möglichkeit der Partei, außerhalb der BVV im Bezirk Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Parteitreffen außerhalb von Lichtenberg und die Anmietung von Räumen unter falschem Namen zeigen, dass es die bezirkliche AfD bisher nicht geschafft hat, sich regional zu etablieren. Antifaschistischer Protest ist dennoch weiterhin notwendig, um das Klima der Ablehnung aufrechtzuerhalten.



Protest vor der Pension „Victoria“ wegen der Unterstützung der AfD durch die Betreibenden

Der „Flügel“ der AfD in Lichtenberg

Bei einem Blick auf die AfD im Jahr 2021 sollte nicht vergessen werden, wie stark sich die Partei seit ihrer Gründung verändert hat. Zu Beginn war die AfD durchaus ein Sammelbecken für Vertreter:innen einer nationalkonservativen Politik, denen die FDP zu wenig nationalistisch und die CDU/CSU zu wenig durchsetzungsfähig war. Personen wie Bernd Lucke oder Hans-Olaf Henkel verbargen ihre Vorurteile und Ressentiments eher hinter einem nationalen Chauvinismus ohne offenen Rassismus oder völkische Inhalte zu vertreten. Doch zugleich fehlte eine deutliche Abgrenzung gegenüber Personen, die eine klar menschenverachtende Politik forderten und forcierten. Stattdessen wurden diese in der Partei herzlich aufgenommen. So bildeten sich innerhalb der AfD feste Strukturen von völkischen, ultra-nationalistischen und offen rassistischen Kräften. Zentrale Kraft war dabei die Parteigruppierung des sogenannten Flügels. Durch ihn verschob sich die politische Linie der Partei immer weiter nach rechts, so dass die AfD zu dem wurde, was sie heute ist. Das gilt auch für die Berliner AfD, in der die „Flügel“-nahen Akteur:innen spätestens seit dem letzten AfD-Parteitag im Juni 2021 einen enormen Einfluss ausüben.

Der rechte Rand der AfD

Der „Flügel“ war eine völkisch-nationalistische Gruppierung innerhalb der AfD, die offen den Schulterschluss mit der extrem Rechten suchte. Offiziell ist die Gruppe im Mai 2020 aufgelöst worden, nachdem sie vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Beobachtungsobjekt eingestuft worden war. Mit der Selbstauflösung sollte verhindert werden, dass über nachrichtendienstliche Ermittlungen, wie dem Einsatz von V-Leuten, weiterreichende Erkenntnisse

über sie gewonnen werden können. So entgingen die Akteur:innen der staatlichen Beobachtung, wobei ihre Strukturen und Netzwerke weitestgehend erhalten blieben. In den fünf Jahren seines offiziellen Bestehens hat der „Flügel“ die Politik der AfD stärker geprägt als jede andere parteiinterne Gruppierung. Anlass zur Gründung des „Flügels“ im Jahr 2015 war eine wachsende Unzufriedenheit rechter Kräfte mit dem politischen Kurs der Partei. Während die PEGIDA-Demonstrationen

Woche für Woche durch Dresden marschierten und überall in der Bundesrepublik rassistische Versammlungen gegen Geflüchtete stattfanden, blieb die AfD eher distanziert. Gerade völkische und ultra-nationalistische Parteimitglieder sahen hierin eine verpasste Chance und eine Annäherung an die Abgrenzungspolitik der verhassten „Alt-Parteien“. Stattdessen wollten sie die AfD als Teil einer „patriotischen Bewegung“ positionieren. Als Reaktion setzten sie unter der Feder-



Björn Höcke und Andreas Kalbitz (mittig) und David Eckert (rechts hinten) beim „Wartenberger Fest“, April 2018. Foto: Oskar Schwartz

führung von Björn Höcke und André Poggenburg die „Erfurter Resolution“ auf, die als Gründungsdokument des „Flügels“ gelten kann. Schon damals gehörten mit Marius Radtke und Heribert Eisenhardt zwei Lichtenberger AfD-Mitglieder zu den wenigen Berliner Unterzeichnenden des bundesweit verteilten Papiers.

Das völkische Netzwerk

In den Folgejahren wuchs der „Flügel“ massiv. Unumstößliche Führungsfigur war von Beginn an Björn Höcke aus dem Thüringer Landesverband. Unterstützt wurde er zuerst von André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt und nach dessen Parteiaustritt von Andreas Kalbitz aus Brandenburg. Insgesamt sind vor allem die ostdeutschen Landesverbände stark von „Flügel“-Anhänger:innen und deren Positionen bestimmt, doch im Grunde versucht die Gruppierung bundesweit die Parteiarbeit zu bestimmen. Aufgrund der hohen Wahlergebnisse der ostdeutschen Landesverbände entwickelte sich der „Flügel“ zu einem Machtfaktor in der Partei. Nicht zuletzt durch die politische Arbeit der „Höcke-Fraktion“ musste Frauke Petry als Parteichefin gehen oder gelangte Tino Chrupalla an seinen Posten als Bundesvorsitzender. Zugleich steht der „Flügel“ für eine konsequente Annäherung der AfD an rassistische Straßenproteste, wie PEGIDA aus Dresden oder „Zukunft Heimat“ aus Cottbus, sowie die intellektuellen Denkfabriken der Neuen Rechten, wie das völkische „Institut für Staatspolitik“ von Götz Kubitschek aus dem thüringischen Schnellroda. Über „Flügel“-Mitglieder in Landesparlamenten oder sogar im Bundestag gewannen entsprechende Ideen eine enorme Verbreitung und deren Träger:innen fanden als Angestellte von Abgeordneten oder Fraktionen lukrative Jobs. Es war der „Flügel“, der maßgeblich dafür gesorgt hat, dass sich die AfD zum parlamentarischen Arm der Neuen Rechten in der Bundesrepublik entwickeln konnte.

Zugleich entwickelte sich nach innen eine wahrer Personenkult um Björn Höcke, der unter kollektiven „Höcke, Höcke“-Rufen auf jeder Veranstaltung voller Ekstase begrüßt wurde. Dies gilt insbesondere für die sogenannten „Kyffhäusertreffen“, die der „Flügel“ von 2015 bis 2019 an wechselnden Orten in Ostdeutschland veranstaltete. Als Orte der Vernetzung sollten bei Bratwurst, Bier und Blasmusik sowie Reden von Höcke und Co. unter den anwesenden Mitgliedern ein Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt werden.

Regelmäßig dabei waren auch bekannte Figuren der extremen Rechten aus der Bundesrepublik, die nicht Parteimitglieder sind, wie beispielsweise der Herausgeber des rechten COMPACT-Magazins, Jürgen Elsässer, oder die völkische Publizistin Ellen Kositzka.

Skandale ohne schnelle Folgen

Was für eine menschenverachtende Politik der „Flügel“ betreibt, zeigt am Besten ein Blick auf die zahlreichen politischen Skandale der Führungsfiguren. So fielen vor allem Höcke und Kalbitz immer wieder mit geschichtsrevisionistischen, rassistischen und anderen menschenverachtenden Kommentaren auf. Beide haben eine Vergangenheit mit Bezügen zu Neonazi-Organisationen. Höcke publizierte unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ in der Zeitschrift eines militanten Neonazis aus der NPD und besuchte Neonazi-Demonstrationen der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“. Kalbitz wiederum war laut einer Liste aus dem Jahr 2007 Mitglied der verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), die sich am historischen Nationalsozialismus orientierte. Erst 2020 musste Kalbitz auf parteiinternen Druck hin die AfD aufgrund seiner Vergangenheit verlassen. Zuvor waren all diese Skandale jedoch kaum Anlass für andere „Flügel“-Angehörige zu den Personen auf Distanz zu gehen. Sie führten eher zu einer weiteren Unterstützung, die bei Kalbitz auch über dessen Parteiaustritt hinaus anhält. Auch die Wähler:innen schienen nicht abgeschreckt. So erreichten die maßgeblich „Flügel“-dominierten Landesverbände aus Thüringen und Brandenburg mit ihren Spitzen-Kandidaten Höcke und Kalbitz bei den Landtagswahlen 2019 23,4% (Thüringen) bzw. 23,5% (Brandenburg) der Wahlstimmen. Daran hat sich auch nach der Selbstauflösung des „Flügels“ kaum etwas geändert. Die Sympathisant:innen der Gruppierung sitzen weiter in hohen Parteiposten und bestimmen die Politik der AfD. Lediglich der Name wird nicht mehr verwendet.

Das „Wartenberger Fest“ des Berliner „Flügels“

In Berlin war der Einfluss des „Flügels“ auf die Politik der Landes-AfD lange Zeit eher begrenzt. Allerdings entwickelten sich in den Bezirksverbänden und auch zwischen ihnen stabile Netzwerke von Sympathisant:innen der Parteigruppierung. Die Leitung und Koordinierung vom „Flügel“ in Berlin hatte das Reinickendorfer Mitglied des Abgeordnetenhauses

Thorsten Weiß inne. Dieser ist ein politischer Vertrauter und persönlicher Freund von Björn Höcke und eine zentrale Figur in den bundesweiten „Flügel“-Strukturen. Es war auch Weiß, der zusammen mit Funktionär:innen des Hellersdorfer Verbands im April 2018 das erste und letzte öffentlich beworbene Treffen des „Flügels“ in Hohenschönhausen organisierte. Dieses „Wartenberger Fest“ war deutlich von den „Kyffhäuser“-Treffen inspiriert. Ort der bundesweiten Veranstaltung war das Lokal „Wartenberger Hof“. Der Betreiber des Restaurants, der CDUler Michael Schmidt, hatte seine Räume schon zuvor dem Lichtenberger Bezirksverband der AfD zur Verfügung gestellt. Somit scheint er über Kontakte zu einigen Parteiverbänden, vor allem in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, zu verfügen. Dennoch war er sich der politischen Sprengkraft einer solchen Veranstaltung bewusst. Auf Anfragen der Presse verneinte er, dass die Veranstaltung bei ihm stattfinden würde und deckte so die Organisation des extrem rechten Events. Im Sommer 2019 schloss der „Wartenberger Hof“. Am Tag selber reisten fast 200 „Flügel“-Sympathisant:innen aus der gesamten Bundesrepublik an. Als Redner des „Wartenberger Fest“ traten neben Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Jörg Meuthen auch der damalige Berliner Chef der „Jungen Alternative“ in Berlin, der Lichtenberger David Eckert, auf. In seiner Rede hetzte Eckert unter anderem gegen Flüchtlingshelfer:innen und linke Politiker:innen. Er nannte eine Betroffene von Gewalt durch einen Geflüchteten als „nichts anderes als das Opfer links-grüner Moralfaschisten wie Claudia Roth und Katja Kipping. Über Jahrzehnte hinweg haben diese unser Volk psychisch vergewaltigt und bis an den Rand der Selbstaufgabe getrieben.“ Er erhielt tosenden Applaus.

Der „Flügel“ im Berliner Landesverband

Neben dem „Wartenberger Fest“ organisierten die „Flügel“-Anhänger:innen in Berlin zahlreiche kleinere Veranstaltungen, die zumeist nicht unter dem Namen liefen, aber hauptsächlich Mitglieder der Parteigruppierung ansprachen. Zudem fuhren Berliner AfD-Mitglieder, vor allem aus dem Marzahn-Hellersdorfer Verband, regelmäßig zu bundesweiten Treffen des „Flügels“. Insgesamt war es in Berlin jedoch lange relativ ruhig um die Parteigruppierung. Doch Anfang 2021 wurde eine E-Mail-Liste vom Berliner „Flügel“ veröffentlicht, welche mit über 200 Namen

das Ausmaß des politischen Netzwerkes demonstrierte. Auf den Landesparteitagen der AfD im Frühjahr 2021 zeigte sich dann die Macht der Gruppierung im Landesverband. Die derzeitige Landesvorsitzende Kristin Brinker bekam ihren Posten vor allem aufgrund der massiven Unterstützung aus dem „Flügel“-Umfeld, das sich dafür mehr politischen Gestaltungsspielraum erhofft. Dass diese Hoffnung wohl aufgeht, zeigt ein Blick auf die Listen der Kandidat:innen zu den Berliner Landes- und Bezirkswahlen. Dort finden sich viele Personen, die entweder auf Veranstaltungen des „Flügels“ waren oder auf der E-Mail-Liste standen.

Die Lichtenberger „Flügel“-Anhänger:innen

Da der „Flügel“ formal keine Mitgliederorganisation ist und sich nur wenige AfD-Mitglieder offen zu diesem bekennen, ist es schwer die realen Anhänger:innen innerhalb der Partei auszumachen. Wie die geleakte E-Mail-Liste zeigt, gibt es jedoch in jedem Berliner Bezirk zahlreiche „Flügel“-Sympathisant:innen in der Partei, die nicht selten Führungspositionen bekleiden. Teilweise sind ganze Bezirksverbände als „Flügel“-nah einzustufen, so etwa in Marzahn-Hellersdorf oder Reinickendorf. Demgegenüber präsentiert sich die Lichtenberger AfD zumindest nach außen als politisch gemäßigt und

vermeidet Positionierungen zum „Flügel“. Dennoch standen insgesamt neun Personen aus Lichtenberg auf der Mailing-Liste des „Flügels“, so dass diese zumindest als Sympathisant:innen gelten müssen. Das waren die BVV-Mitglieder Heribert Eisenhardt, Marius Radtke, Reiner Pfsdorf und Falk Rodig sowie der Bürgerdeputierte Carsten Raschke, Irina Pierenz (Mitarbeiterin der AfD im Abgeordnetenhaus), David Eckert (JA) und Maik Stüssel (JA) und Kay Nerstheimer (mittlerweile NPD). Auch das „Wartenberger Fest“ als wichtigste Versammlung des „Flügels“ in Berlin wurde von Lichtenberger Parteimitgliedern besucht. Wobei neben den Gästen Irina Pierenz, Heribert Eisenhardt, Falk Rodig, Reiner Pfsdorf und Kay Nerstheimer mit David Eckert als damaliger Vorsitzender der Berliner „Jungen Alternative“ sogar eine Person aus Lichtenberg unter den Redner:innen war.

Somit ist der „Flügel“ in Lichtenberg fest in die Parteistrukturen der AfD integriert und verfügt über eine stabile politische Basis. Allerdings versucht die AfD in Lichtenberg ein anderes Bild nach außen zu vermitteln und sich als eher „gemäßigt“ zu präsentieren. Mit Karsten Woldeit hat gerade ein „Flügel“-ferner Akteur den Sprecher-Posten im Bezirk inne und auch im sonstigen Bezirksvorstand ist der Beisitzer Falk Rodig der einzige mit konkreten Verbindungen zum „Flügel“. Doch das deutet nicht auf

eine schwache Position der Gruppierung im Bezirk hin, da in der Vergangenheit einige Anhänger:innen des „Flügels“ Führungspositionen bekleidet haben und dies auch zukünftig wieder möglich ist, da eine konsequente Abgrenzung fehlt. Vor allem in der Lichtenberger BVV ist der „Flügel“ ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor und wird es auch nach den Wahlen 2021 bleiben. Mit vier von zwölf Personen sind ganze 25 Prozent der aktuellen BVV-Fraktion dem „Flügel“-Spektrum zugehörig. Von ihnen treten Falk Rodig und Heribert Eisenhardt gesichert auch bei der kommenden Wahl für die BVV an. Für die Abgeordnetenhauswahl 2021 ist auch mindestens eine von sechs vorgeschlagenen Direktkandidat:innen dem „Flügel“-Spektrum zugehörig (Irina Pierenz für Wahlkreis 4). Damit dominiert der „Flügel“ vielleicht nicht die Lichtenberger AfD. Doch er wird von weiten Teile des Verbandes zumindest stillschweigend akzeptiert, sodass sich auf diesem Weg Vorstellungen und Positionen der Neuen Rechten unweigerlich in den Bezirksverband und dessen Politik einprägen können, ohne dort auf eine spürbare Ablehnung zu treffen. Dies gilt im Übrigen auch für sonstige Sympathisant:innen der extremen Rechten, sodass der antimuslimische Hetzer Wolfgang Hebold ebenso Teil der Lichtenberger AfD ist wie der Hass spuckende Internettroll Sükrü Celiker.



Björn Höcke als Redner im Wartenberger Hof



BVVler Reiner Pfsdorf (3.v.l.), Foto: Oskar Schwartz



BVVler Falk Rodig (vorn) und Heribert Eisenhardt (2.v.r.)
Foto: Kim Winkler

Drucksachen | Stadtrat

Die parlamentarische Arbeit der Lichtenberger AfD

Die Drucksachen der AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung

Von der ersten Sitzung der VIII. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg von Berlin am 27. Oktober 2016 bis zur Sitzung am 18. Februar 2021 wurden insgesamt 1.980 Drucksachen eingereicht. Zu den Drucksachen der BVV gehören Anträge zur Beschlussfassung, Dringlichkeitsanträge, Änderungsanträge, Große Anfragen, Mündliche Anfragen und Beschlussempfehlungen. Davon wurden 166 Drucksachen von der Fraktion der AfD initiiert. Dies entspricht einem Anteil von rund acht Prozent. Demgegenüber beträgt der Anteil der Sitze der AfD in der Lichtenberger BVV hingegen 22 Prozent. Die Fraktion der AfD hat damit bezogen auf ihren Sitzanteil nur eine unterdurchschnittliche Anzahl an Drucksachen initiiert. Dabei zeigte sie sich auch thematisch relativ eingeschränkt.

Die größten Themenbereiche in den Drucksachen sind: Öffentliche Ordnung, Verkehr und Bürgerdienste (15 %), Agitation gegen politische Gegner:innen (13 %), Kultur (11 %), Schule (10 %) und Flucht und Migration (8 %). Im Folgenden sollen die parlamentarische Bearbeitung dieser Komplexe kurz untersucht werden.

Öffentliche Ordnung, Verkehr und Bürgerdienste

Der größte Teil der Drucksachen der AfD im analysierten Zeitraum bewegt sich im Themenfeld „Öffentliche Ordnung, Verkehr und Bürgerdienste“. Es handelt sich zu Teilen um keine besonderen Vorschläge und Anfragen in dem Themenbereich. Es geht beispielsweise um Hundekot (DS/1205/VIII), Veränderungen der Verkehrsführung (DS/1584/VIII) oder um den öffentlichen Nahverkehr (DS/0467/VIII, DS/1047/VIII).

Darüber hinaus werden solche Drucksachen durch die AfD erarbeitet, die den ordnungspolitischen Vorstellungen von rechten bzw. (rechts-)konservativen Kräften entsprechen. Zwei Anträge widmeten sich der Verhinderung von Graffiti. Zum einen wird die Beseitigung von Graffiti im Landschaftspark „Gut Falkenberg“ gefordert (DS/1609/VIII) und zum anderen der Einsatz von Kletterpflanzen zur Verhinderung bzw. Beseitigung von Graffiti beantragt (DS/0977/VIII). In der Begründung der letzteren Drucksache wird dem Bezirk attestiert, dass aktuell „der Wille fehlt, diese zu beseitigen“.

Doch die ordnungspolitischen Vorstellungen der AfD gehen weit über das Entfernen von Farbschichten hinaus. Im Jahr 2019 beantragte die AfD, dass das Lichtenberger Bezirksamt im Berliner Rat der Bürgermeister:innen einen Beschluss zum Aufbau eines freiwilligen Polizeidienstes in Berlin herbeiführen sollte (DS/1492/VIII). Das würde bedeuten, dass Ehrenamtliche die Arbeit der Polizei unterstützen. In (West-)Berlin bestand 1961 bis 2002 mit

der Freiwilligen Polizei-Reserve eine ähnliche Struktur. Ihr Auftrag in der Anfangszeit war die Unterstützung der hauptamtlichen Polizeikräfte bei einem Angriff auf die Stadt oder bei politischen Unruhen. Die Angehörigen trugen blaue Uniformen und waren infanteristisch bewaffnet mit Pistolen, (Maschinen-)Gewehren oder Handgranaten. In den 1990er Jahren kam es zu Diskussionen über die Polizeireserve, da ein Fünftel der Angehörigen Straftäter oder in extrem rechten Kreisen aktiv waren. Als erste Reaktion kam es zur Umbenennung in „Freiwilligen Polizeidienst“ und 2002 schließlich zur Auflösung. In mehreren Bundesländern gibt es aktuell freiwillige Polizeidienste. Es handelt sich vor allem um Bundesländer, die eine lange Tradition bürgerlich-konservativer Regierungen wie Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen haben. Kritik an diesem freiwilligen Polizeidiensten kommt beispielsweise in Baden-Württemberg in Bezug auf Uniformierung, da für Laien der:die Freiwillige Polizeidienstler:in wie ausgebildete Polizist:in aussähen. Machtmissbrauch wäre nicht ausgeschlossen. An der Bewaffnung mit einer Pistole der freiwilligen Polizist:innen in Baden-Württemberg bei minimaler Ausbildung hat selbst der Gewerkschaft der Polizei starke Kritik. Die Lichtenberger AfD greift hiermit ein bundesweit diskutiertes Thema auf, ohne auf die kritischen Stimmen dazu einzugehen. Sie versucht sich auf diese Weise als autoritäre Law-and-Order-Partei zu inszenieren, um bei rechten Wähler:innen Stimmen abzugreifen. Dass der Vorstoß eigentlich

ihre Kompetenzen als Fraktion in einem Bezirksparlament übersteigt, ist irrelevant. Öffentlichkeitswirksame Forderungen gehen bei der Lichtenberger AfD vor einer Sachpolitik, die sich den konkreten Problemen des Bezirks widmet.

Agitation gegen politische Gegner:innen

Die Lichtenberger AfD-Fraktion agitierte in 13 Prozent ihrer Drucksachen gegen politische Gegner:innen. Thematisch beziehen sich die Anträge der AfD im Wesentlichen auf zwei Themengebiete: Zum einen wird das staatliche Neutralitätsgebot thematisiert, zum anderen die sogenannte Extremismusklausel.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die AfD auf jede Form von Kritik und Widerspruch mit einer Selbstinszenierung als Opfer von politischer und medialer Stigmatisierung antwortet. Dies geht oft mit einer aggressiven Polemik und dem Versuch der Kriminalisierung ihrer Gegner:innen einher.

So erfolgt der Vorwurf der angeblichen Verletzung der Neutralitätspflicht gemäß Drucksache DS/2033/VIII mit dem Namen „Verstöße gegen das Neutralitätsgebot endlich beenden“ als Reaktion auf im Rathaus ausgelegte Broschüren, „in denen politische Propaganda gegen Rechts und gegen die Partei Alternative für Deutschland, AfD, verbreitet wird“. Die Forderung nach Neutralität ist hier also einmal mehr der Versuch, Kritiker:innen einzuschüchtern, ihre Handlungsspielräume einzunengen und politische Akteur:innen zu verunsichern.



Das (parteipolitische) Neutralitätsgebot, auf das sich die Partei bezieht, besagt, dass staatliche Repräsentant:innen weder zu Gunsten noch zu Lasten einer politischen Partei wirken dürfen (Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien). Neutralität gegenüber allen nicht durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen Parteien ist demnach ein wesentliches Merkmal aller Verwaltungsarbeit in einem demokratischen Rechtsstaat.

Der Einsatz für Verfassungswerte wie die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung der Geschlechter, das Entstehen gegen rassistische Diskriminierung, das Recht auf Asyl wie auch der anderen Grundrechte ist dabei wesentlicher Bestandteil der demokratischen Grundordnung. Beamt:innen, die Angestellten des öffentlichen Dienstes und die Empfänger:innen staatlicher Förderungen stehen hier zunehmend vor erheblichen Herausforderungen, da rassistische und extrem rechte Positionen im öffentlichen und politischen Raum deutlich zugenommen haben. Bezüglich der Stellung gegen solche Positionen, sehen sie sich häufig dem Vorwurf ausgesetzt, sie würden das staatliche Neutralitätsgebot verletzen. Dabei hat dieser Personenkreis das Recht und die Pflicht, Positionen, die dem Gleichheitsgrundsatz entgegenstehen, zu widersprechen. Dies gilt auch, wenn es sich um Positionen von in den Parlamenten vertretenen Parteien, wie der AfD, handelt.

In ihrem Antrag „Zuwendungen nur bei Einhaltung politischer Neutralität“ (DS/1549/VIII) versucht die AfD sogar, die Vergabe von staatlichen Zuwendungen an Dritte an das Neutralitätsgebot zu binden. Sie fordert „in sämtlichen Zuwendungsbescheiden eine Klausel aufzunehmen, die die Zuwendung an die Wahrung politischer Neutralität des Zuwendungsempfängers bindet“. Während die Anfrage „Verstöße gegen das Neutralitätsgebot endlich beenden“ (DS/2033/VIII) vor allem auf die Verunsicherung des Bezirksamtes und von politischen Entscheidungsträger:innen abzielte, ist der Antrag „Zuwendungen nur bei Einhaltung politischer Neutralität“ (DS/1549/VIII) vor allem der Versuch, Vereine und zivilgesellschaftliche Initiativen einzuschüchtern, zu diffamieren und mundtot zu machen, die der AfD missliebig sind.

Die AfD negiert mit dem Antrag DS/1549/VIII, dass das staatliche Neutralitätsgebot in erster Linie die Neutralität von Staatsorganen sichern soll. Freie Träger – also auch gemeinnützige Träger – bleiben trotz staatlicher Finanzierung Träger von Grundrechten. Damit besitzen diese zwangsläufig Rechte, wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit oder Kunstfreiheit.

Diese Freiheiten zu begrenzen ist auch die Intention der Anfrage zur Einführung der „Extremismusklausel für alle staatlich geförderten Vereine, Institutionen und Partner des Bezirksamtes in Lichtenberg“

(DS/0490/VIII). Mit dieser Drucksache knüpft die AfD an bundesdeutsche Diskussionen zum Themenfeld „Extremismus“ vor mehr als zehn Jahren an. Die Demokratietheorie, auch „Extremismusklausel“ genannt, war eine Klausel, die im Rahmen der Bundesprogramme wie „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ seit 2011 von Zuwendungsempfängern unterzeichnet werden musste. Die Klausel beinhaltete ein Bekenntnis zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ und die Verpflichtung, dafür „Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.“ Sie verfolgte das Ziel, „eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen“ zu verhindern. Mit der „Extremismusklausel“ war klar eine Aufforderung zur Schnüffelei im Zusammenhang mit der Überprüfung der Verfassungstreue der ausgewählten Partner:innen verbunden. Den Referenzrahmen für die Einstufung der ausgewählten Partner:innen sollten dabei die Verfassungsschutzberichte der einzelnen Länder bilden. Bereits die Beobachtung einer Einrichtung, einer Gruppe oder eines Vereins führte hier zum Ausschluss als Bündnispartner:innen. Ebenso problematisch wie die Aufforderung zur Schnüffelei war der mit der Extremismusklausel einhergehende Generalverdacht, dass Vereine aktuell extremistische Arbeit

unterstützen würden. Projekte gegen die extreme Rechte waren so grundsätzlich unter Linksextremismus-Verdacht gestellt. Nach massiven zivilgesellschaftlichen Protesten wurde die Extremismusklausel im Oktober 2014 abgeschafft und durch ein Begleitschreiben zu den Zuwendungsbescheiden für die Bundesprogramme ersetzt.

Das Ziel der AfD-Drucksachen zur „Extremismusklausel“ liegt somit in der Behauptung eines Missbrauchs staatlicher Mittel und die Unterstellung einer Kooperation von Lichtenberger Vereinen sowie Projekten mit „linksextremistischen“ Organisationen. Beweise für solche Aktivitäten ist die AfD bis heute schuldig geblieben.

Kultur

Elf Prozent der AfD-Drucksachen haben das Themenfeld „Kultur“ zum Schwerpunkt. Die Drucksachen bewegen sich in den meisten Fällen innerhalb des Bekenntnisses der AfD zu einer vermeintlichen „deutschen Leitkultur“ oder dem, was die AfD darunter subsumiert. Nach Grundposition der AfD umfasst eine solche Leitkultur neben der deutschen Sprache auch Bräuche und Traditionen, Geistes- und Kulturgeschichte. Folglich gibt es mehrere Anträge, die die Identifikation mit diesen Feldern ermöglichen soll. So widmeten sich 2019 zwei Anträge (DS/1085/

VIII, DS/1461/VIII) dem Thema „100 Jahre Großberlin“. Mit „Jahreszeitfesten“ (DS/0492/VIII) soll die regional betriebene Landwirtschaft bzw. Lebensmittelproduktion „gezielt als Lichtenberger Tradition gepflegt und gefördert werden.“ Schließlich bestand – so die Begründung der AfD – „der heutige Bezirk Lichtenberg [...] noch im gesamten 19. Jahrhundert aus einer Reihe überwiegend landwirtschaftlich geprägter Dörfer.“ Zu den wichtigsten Traditionsveranstaltungen in Berlin zählt die Lichtenberger AfD auch die „Berliner Biermeile“. Im Antrag DS/1665/VIII wurde im Juni 2020 „das Bezirksamt [...] ersucht an den Berliner Biermeilen e. V. heranzutreten und zu prüfen, wie in geeigneter Weise der Bezirk Lichtenberg ein neuer Heimatbezirk für die einzigartige Veranstaltung werden kann.“

Zu den schützenswerten „traditionellen Objekten“ im Bezirk gehören laut AfD die ehemaligen Flugzeughallen in Karlshorst. Keine Überraschung, dass gerade Falk Rodig sich in einer mündlichen Anfrage zur Sicherung der Gebäude nach dem Verkauf an Investor:innen erkundigt. Schließlich passt ein ehemaliger Militärflughafen aus dem Jahr 1917 optimal in die soldatische Traditionspflege des bekennenden Wehrmachtsverehrsers Rodig.

In der Drucksache DS/0365/VIII vom 21. September 2017 wird „das Bezirksamt

[...] ersucht unter Einbeziehung von Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportvereinen, Kinder- und Jugendorganisationen, Schulen, bezirklichen Einrichtungen der kulturellen Bildung und der Volkshochschule, die Verbundenheit von Kindern und Jugendlichen mit ihrem Bezirk Lichtenberg, ihrer Region Berlin und Deutschland zu stärken.“ Kindern und Jugendlichen soll Heimatverbundenheit und „deutsche Leitkultur“ vermittelt werden. Die Notwendigkeit für diese geforderten Maßnahmen liefert die AfD gleich mit: „Hass auf Deutschland und eine zunehmende Entwurzelung, die durch eine ungesteuerte Globalisierung hervorgerufen wird, sind zwei Phänomene, die derzeit gerade bei deutschen Kindern und Jugendlichen zunehmen. Das äußert sich z. B. in Jugendkulturen, die auf ihren Demonstrationen oder in großflächigen Graffitis mit Slogans wie z. B. ‚Nie wieder Deutschland!‘ und ‚Deutschland verrecke!‘ ihre geistige Entwurzelung sichtbar werden lassen.“ Kritik an Patriotismus, Nationalismus und Provinzialismus oder eine kosmopolitische Weltanschauung lehnt die AfD vollständig ab und markiert diese als vermeintlich „unnormale“. Im Bereich „Kultur“ fällt zudem die Vielzahl von Anträgen rund um das Mies van der Rohe-Haus in Alt-Hohenschönhausen auf (DS/0247/VIII, DS/0593/VIII, DS/0996/VIII, DS/0530/VIII). Kern der Drucksachen ist die





Planung eines Besucher:innenzentrums im Mies und der dringende, jedoch unerfüllte Wunsch der AfD-Fraktion an den Planungen im Rahmen des eingesetzten Fachkolloquiums „Besucherzentrum“ beteiligt zu sein. Wie weit die Liebe der AfD zu den Werken von Mies van der Rohe geht, zeigt ein Beitrag auf der Facebook-Seite des Lichtenberger Kreisverbandes vom 30. Mai 2021. Überlegungen zur Rekonstruktion des Revolutionsdenkmals, das Mies van der Rohe entworfen hat und 1926 auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde errichtet und später von den Nazis abgerissen wurde, werden unter antikommunistischer Hetze abgelehnt.

Schule

Den viertgrößten Anteil der AfD-Drucksachen macht mit zehn Prozent der Bereich „Schule“ aus. Es werden bekannte Kritikpunkte thematisiert, die kein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung sichtbar werden lassen. Es geht unter anderem um fehlende Digitalisierung (DS/0596/VIII, DS/1253/VIII), fehlendes Personal (DS/0943/VIII) oder zu wenig Schulplätze (DS/0855/VIII, DS/1901/VIII). Unterschied zu den anderen Parteien ist die ausschließlich negative Beschreibung der Situation. So „zeigen sich durchgehend gravierende Probleme insbesondere an Grundschulen“ in Bezug auf Quereinsteiger:innen. Für Marianne Kleiner schaffen „SmartBoards [...] jedoch Probleme und tragen in keinem Fall zur

Lösung der Berliner Schulmisere bei, weder in pädagogischer noch in technischer Hinsicht.“ Die technischen Geräte sind für sie nur „sehr störanfällig“. Für die AfD ist die bisherige bezirkliche Schulpolitik ein „Desaster“.

Auffällig ist, dass die Drucksachen der AfD im Bereich „Schule“ häufig mündliche oder große Anfragen sind, auf die selten konkrete sachpolitische Anträge folgen. Scheinbar kann die AfD außer billiger Polemik keine politischen Lösungen für die von ihr angesprochenen Probleme im parlamentarischen Ablauf liefern.

In zwei mündlichen Anfragen (DS/0437/VIII, DS/0448/VIII) erbaten Dietmar Drewes und Heribert Eisenhardt Informationen vom Bezirksamt zu konkreten Zahlen von Gewalt an Lichtenberger Schulen. Bereits die zweite, in beiden Anfragen identische Frage „Welche Präventivmaßnahmen hat das Bezirksamt für 2017 vorgesehen, um die Gewaltdelikte drastisch einzudämmen?“ zeigt, dass die beiden AfD-Verordneten fest davon ausgehen, dass es ein manifestes Gewaltproblem an den Schulen in Lichtenberg gibt, dem „drastisch“ begegnet werden muss. Scheinbar hat die Antwort des zuständigen Stadtrats jedoch keine politische Reaktion bei der AfD ausgelöst. Ein Folgeantrag mit Änderungsforderungen gibt es nicht.

In zwei Anträgen (DS/1140/VIII, DS/1046/VIII) werden klassische rassistische Bilder transportiert. Im Kontext der Schuleingangsuntersuchungen wird suggeriert, dass Genitalverstümmelung bei

Mädchen ein allgemeines Problem von Migrant:innen und damit „eine neue Gegebenheit“ sei, an die die Untersuchung anzupassen ist. Weiterhin wird gefordert, dass „Wege gesucht werden, Migranten frühzeitig auf geeignete Weise über die deutsche Rechtslage zur weiblichen Genitalverstümmelung aufzuklären.“ Durch die AfD findet eine unzulässige Verallgemeinerung statt, obwohl selbst die von der AfD zur beigefügten Begründung gelieferten Zahlen von „TERRE DES FEMMES Menschenrechte für die Frau e. V.“ ein anderes Bild zeichnen. Im Jahr 2020 kamen laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Großteil der Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan. Diese beiden Länder finden sich nicht auf der angehängten Liste der AfD zu Genitalverstümmelung. Neben der rassistischen Ausrichtung transportiert die AfD erneut die Erzählung, dass Gewalt gegen Frauen ein importiertes Problem ist. Dass laut einer Studie der europäischen Grundrechtagentur aus dem Jahr 2014 etwa jede vierte Frau in Deutschland seit ihrem 15. Lebensjahr mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch eine:n derzeitige:n und/oder frühere:n Partner:in erlebt hat, wird von der AfD nicht thematisiert. Dann müsste man ansprechen, dass körperliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen kein Alleinstellungsmerkmal von Geflüchteten ist, sondern im Kern der deutschen Gesellschaft vorhanden ist.

Flucht und Migration

Flucht und Migration sind Schlüsselthemen der AfD. In Lichtenberg entfielen im Analysezeitraum auf diesen Themenbereich 8 Prozent der Drucksachen.

In mehreren Drucksachen wird bspw. suggeriert, dass Geflüchtete weibliche Genitalverstümmelungen an Kleinkindern vornähmen (DS/0822/VIII, DS/1046/VIII, DS/1140/VIII), Kinderehen befürworteten (DS/1471/VIII) oder Verbrechen „im Namen der Ehre“ begingen (DS/0592/VIII). Damit werden klassische rassistische Vorurteile durch die AfD kolportiert und ohne Beweise in die Parlamente getragen. Darüber hinaus wird die Befürchtung geschürt, dass wegen muslimischer Schüler:innen kein Schweinefleisch mehr in Schulen angeboten werden soll (DS/0401/VIII). So soll eine vermeintliche „Islamisierung“ Deutschlands belegt werden. Die Drucksache DS/0402/VIII geht dem Gerücht nach, dass Geflüchtete bei der Vergabe von Wohnungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung bevorzugt werden.

Im Rahmen einer Anfrage zu „TBC-Probleme[n] in Lichtenberg“ (DS/0400/VIII) wird ein Bedrohungsszenario aufgebaut, demzufolge die überwunden geglaubte Tuberkulose wieder zu einer „tödlichen Krankheit für die hier lebenden Menschen“ werden kann. Der Zweck dieser Anfrage scheint dabei klar: Es soll die Angst vor einer sich ausbreitenden Krankheit geschürt werden, die angeblich von Geflüchteten nach Deutschland gebracht wird.

In der Großen Anfrage zur „Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik in Lichtenberg“

(sic!) (DS/0078/VIII) werden zunächst statistische Daten rund um das Thema Asyl erfragt – verbunden mit dem Hinweis, dass die in „den Medien“ genannten Werte „oftmals nicht korrekt“ seien. Doch der AfD geht es in solchen Anfragen nie, nur darum statistische Daten offenzulegen. Vielmehr ist sie bestrebt, auch ausgiebig die entstandenen Kosten und – unter Verwendung des rechten Kampfbegriffs „Asylindustrie“ – die vermeintlichen Nutznießer:innen zu thematisieren. Weiterhin wird in dieser großen Anfrage einmal mehr das Thema Geflüchtete mit dem Thema „Wohnraumknappheit“ verbunden. Allen diesen Anträgen ist zentral, dass nicht einfach eine weitere Einwanderung abgelehnt wird, sondern dass gesellschaftliche Probleme ursächlich an die Einwanderung und vermeintliche ethnische sowie kulturelle Unterschiede geknüpft werden. In dieser Verknüpfung resultieren alle Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnraumknappheit, aus der Einwanderung. Durch diese Definition der extremen Rechten kommt es zur Ethnisierung des Sozialen. Ergebnis ist zum einen die Abwertung der Anderen – in diesem Fall der Geflüchteten – und zum anderen die Konstituierung einer nationalistischen bzw. „Volksgemeinschaft“.

Fazit

Die Lichtenberger AfD-Fraktion bringt in die Bezirksverordnetenversammlung die politischen Themen ein, für die die Partei auch in der öffentlichen Wahrnehmung steht. Ein zentrales Thema ist „Migration und Flucht“.

Geflüchtete werden abgewertet und es werden rassistische Narrative verbreitet. Geflüchteten und Migrant:innen wird die Verantwortung für verschiedene Probleme zugeschrieben. Zentral ist ebenfalls neben der Opferinszenierung auch die Agitation gegen politische Gegner:innen. Freie Träger und Projekte werden diffamiert und sollen mundtot gemacht werden. Im Themenfeld „Kultur“ geht es der AfD zentral um eine „deutsche Leitkultur“. Die AfD versteht unter dem „deutschen Volk“ eine homogene Einheit mit festen Bräuchen und Sitten.

Andere politisch relevante Themenfelder, wie Jugend- oder Familienpolitik, finden bei der AfD keine größere Bedeutung. Schlusslichter in Bezug auf die Drucksachen der AfD sind die Themen: „Umwelt“ mit 4,2 Prozent, „Gesundheit“ mit 3 Prozent, „Sport“ mit 2,4 Prozent und „Soziales“ sowie „Wirtschaft“ mit jeweils 1,2 Prozent. Diese Themen scheinen die AfD-Fraktion nicht zu interessieren. Insgesamt bedient die Lichtenberger AfD in ihrer Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung vor allem klassische Themenfelder der Partei bundesweit, die in oftmals polemischen und überspitzt formulierten Anfragen abgearbeitet werden, ohne einen politischen Gestaltungswillen zu offenbaren. Dabei werden auch Anfragen aus anderen Bezirken oder Bundesländern lieblos abgeändert übernommen. Die Bezirksverordnetenversammlung dient der AfD in Lichtenberg vor allem als Mittel der politischen Inszenierung, da sachpolitische Vorstöße zur Lösung konkreter Probleme kaum existent sind.



Ein Schlag gegen den demokratischen Dialog

Am 23. September 2019 organisierte die Lichtenberger AfD eine Informationsveranstaltung zur politischen Arbeit ihrer Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung. Da die Partei massive Schwierigkeiten hatte, Räumlichkeiten im Bezirk anzumieten, fand der Vortrag im Ratssaal des Lichtenberger Rathauses statt. Die Einladung war öffentlich und richtete sich an alle interessierten Bürger:innen. So nahmen auch zwei Dutzend Kritiker:innen der AfD an der Veranstaltung teil. Damit waren sie klar in der Mehrheit.

Keine Argumente gegen Kritik

Obwohl sich die AfD sonst gerne „bürgernah“ gibt, war sie auf ein solches Interesse nicht vorbereitet. Viele kritische Fragen zur politischen Untätigkeit der Fraktion brachten die Parteimitglieder schon nach wenigen Minuten aus dem Konzept. Während einige von ihnen noch versuchten mit den Fragenden zu diskutieren, bedrängten die Ordner:innen der AfD andere Anwesende. Der Lichtenberger Bezirksverordnete Michael Kossler war an den Einschüchterungen der kritischen Teilnehmenden maßgeblich beteiligt. Als ein Betroffener versuchte, die übergriffigen Ordner:innen mit dem Smartphone zu filmen, schlug Kossler ihm unvermittelt ins Gesicht. Dabei brach der Person ein Stück Zahn ab. Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, verließen die Kritiker:innen geschlossen die Veranstaltung. Die kurz danach eintreffende Polizei nahm nur die Anzeigen der AfD auf. Die Veranstaltung konnte danach mit einiger Verspätung dennoch stattfinden.

Das politische Nachspiel

Gewaltfantasien gegenüber dem politischen Gegner sind bei der AfD an der Tagesordnung. So forderte u.a. der Lichtenberger AfD-Politiker Karsten Woldeit auf seiner Facebook-Seite: „Gegen linksradikale Aktivisten mit aller Härte und null Toleranz vorgehen!“ Mit seinem Schlag ließ Michael Kossler nun Taten folgen. Der Angriff eines gewählten Mandatsträgers auf einen legitimen Teilnehmer einer öffentlichen Veranstaltung stellte eine neue Eskalationsstufe seitens der AfD dar. Kossler als Gründungsmitglied der Lichtenberger AfD lieferte damit ein Paradebeispiel, was die Partei unter demokratischem Dialog versteht. Widerspruch und gewaltfreie Diskussionen werden nicht geduldet. Im Bezirk sorgte der Vorfall für einige Aufregung. Zwar entschied sich die betroffene Person keine Anzeige gegen Kossler zu stellen (s. Infobox). Doch wenige Tage nach dem Übergriff veröffentlichte der „Tagesspiegel“ ein Video von dem Vorfall. Darauf-

hin nahm die Berliner Staatsanwaltschaft von Amtswegen Ermittlungen gegen den Verordneten auf. Auch die Bezirkspolitik wurde verstärkt auf den Fall aufmerksam. Alle demokratischen Parteien der BVV distanzieren sich von der Gewalt des Verordneten. Zugleich forderte der Lichtenberger Bezirksbürgermeister Grunst eine Stellungnahme von Kossler und der AfD-Fraktion ein. Das kam bei der Anfrage einer Lichtenberger Anwohnerin in der BVV-Sitzung vom November 2019 heraus. Für ihre Frage als Form der demokratischen Mitbestimmung wurde die Anwohnerin noch während der BVV von AfD-Mitgliedern im Publikum beleidigt und später mit dem vollständigen Namen auf Facebook bloßgestellt. Allerdings verweigerte der Fraktionsvorsitzende der AfD, Dietmar Drewes, jegliche Positionierung. Die gesamte Partei stand geschlossen hinter ihrem gewalttätigen Mitglied. Daraufhin untersagte der Bezirk der AfD bis auf Weiteres jegliche Nutzung bezirkseigener Räume. In der Folge musste die



Der Moment, in dem Michael Kossler zuschlägt, September 2019

Partei ihren Jahresempfang 2020 ausfallen lassen und für den Bezirksparteitag im gleichen Jahr nach Pankow ausweichen.

Es verläuft im Sand

Unerwartete Unterstützung bekam die AfD jedoch von der Lichtenberger FDP. Obwohl die Partei nicht in der BVV vertreten ist, mischte sie sich in die Auseinandersetzung um Kossler ein. Auf ihrer Homepage erschien Mitte November 2019 ein Bericht mit der Behauptung, dass das Beweisvideo vom Schlag Kosslers manipuliert worden wäre. Woher die Partei die Expertise hat, dies am heimischen Rechner nachzuvollziehen, bleibt unklar. Aber warum gingen die „Liberalen“ überhaupt dieser Frage nach? Wohl hauptsächlich um Kossler und der AfD politisch beiseite zu springen und sie zu entlasten. Dafür wurde dann auch der „Lügenpresse“-Vorwurf aus der Motten-

kiste rechter Argumente herausgeholt. Die AfD nahm diese Vorlage gerne an und verbreitete diese neuen „Beweise“ bereitwillig.

Inzwischen ist das Verfahren gegen Michael Kossler eingestellt worden, da die betroffene Person nicht öffentlich als Geschädigte auftreten wollte (s. Infokasten). Die AfD feiert das als Erfolg. Aber die Einstellung ist kein Freispruch für den Verordneten. Allerdings wurden im Gegenzug Ende 2020 Ermittlungen gegen die kritischen Besuchenden aufgenommen. Insgesamt zeigt der Vorfall im Rathaus sowohl den Hang zur Gewaltanwendung in Teilen der Lichtenberger AfD sowie das Schweigen der anderen Mitglieder. Zugleich blieb dieser Dambruch demokratischer Politik insgesamt relativ folgenlos. Sicherlich hat die zeitweilige Weigerung zur Nutzung bezirklicher Räume die Partei hart getroffen. Allerdings gab es da-

rüber hinaus keine politischen oder persönlichen Folgen; abgesehen von einer Resolution gegen politische Gewalt, die noch im Oktober 2019 von allen Fraktionen außer der AfD verabschiedet wurde: „Die Bezirksverordnetenversammlung von Lichtenberg verurteilt jegliche Anwendung von Gewalt gegen Menschen. Gewalt darf niemals Mittel politischer Auseinandersetzung sein und wird – ob mit Worten oder körperlich – in unserem Bezirk nicht geduldet.“ In Ergänzung dazu forderten antifaschistische Gruppen mit wiederholten Aktionen vor und in der BVV sowie im Wohnumfeld von Michael Kossler in Karlshorst seinen Rücktritt oder seine offizielle Entfernung aus der Bezirkspolitik. Dennoch konnte der Bezirksverordnete seine Amtszeit regulär absitzen.



Plakate und Proteste gegen Michael Kossler



Warum keine Anzeige gestellt wurde

Nach dem Vorfall hat sich die betroffene Person entschieden, Michael Kossler nicht anzuzeigen. Dafür gibt es gute Gründe. Wenn eine Anzeige gegen das AfD-Mitglied gestellt worden wäre, hätten damit auch persönlichen Daten, wie der vollständige Name, Anschrift oder Geburtsdatum der anzeigenden Person standardmäßig ihren Weg in die Akte der Staatsanwaltschaft gefunden.

Im Laufe des Verfahrens hätte auch Kossler oder sein:e Anwält:in Einsicht in die Akte und damit auch die Daten nehmen können. Gerade bei einem gewaltaffinen Vertreter einer extrem rechten Partei besteht eine enorme Gefahr, dass die Daten

von Antifaschist:innen in der Folge nicht sorgfältig behandelt werden. In der Vergangenheit hat die AfD z.B. auch in Lichtenberg Antifaschist:innen namentlich in der BVV diffamiert. Oder die so gewonnenen Daten finden Eingang in Listen über politische Gegner:innen, wie sie u.a. auch die Grundlage der terroristischen Anschlagserie in Berlin-Neukölln bildeten. Zwar gibt es theoretisch die Möglichkeit, als betroffene Person im Strafverfahren eine Schwärzung der eigenen Daten zu beantragen. Ob die Staatsanwaltschaft dies jedoch tut oder wie gründlich eine Schwärzung erfolgt, steht auf einem anderen Blatt. Diese Gefahr sollte bei Anzei-

gen gegen den politischen Gegner stets im Hinterkopf behalten werden. Allerdings kann es auch Situationen geben, in denen eine Anzeige nicht komplett ausgeschlossen werden sollte. Dies trifft vor allem dann zu, wenn die betroffene Person ohnehin in der Öffentlichkeit steht oder bereits namentlich bekannt ist. Außerdem sollte sie über eine öffentlich bekannte, ladungsfähige Anschrift abseits der Wohnadresse verfügen, wie bei Vereinen oder in Parteibüros. Dennoch sollte vor solchen Anzeigen eine Rechts- hilfeberatung bei solidarischen (Unterstützungs-)Strukturen, z.B. bei der Roten Hilfe, in Anspruch genommen werden.

Der Harte und der Zarte – Die Stadtratsuche der AfD

Nach der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung im September 2016, bei der die AfD 19,2% der Stimmen und somit 12 Sitze errang, wurde klar, dass ihr ein Stadtratsposten zustehen würde. Mit ihrem Vorschlag wählte die Partei den Weg der maximalen Provokation.

Im Oktober 2016 schlug die Lichtenberger AfD den Mathematiker und rassistischen Hetzer Wolfgang Hebold vor. Der Hochschuldozent und Betreiber des Internetblogs „Die Verheerung Europas“ hatte in seinen Veröffentlichungen und auch in seiner Lehrtätigkeit immer wieder antimuslimische Ressentiments bedient. So stellte er auf seinem Blog die Geflüchteten in Deutschland immer wieder in einen Zusammenhang mit Terrorismus. Er bezeichnete den „Schießbefehl ein sinnvoller und auch juristisch machbarer Weg“ gegen „afrikanische und arabische Invasoren“, also gegen Geflüchtete. Er machte keine Unterschiede zwischen dem Islam und Islamismus, verglich geschichtsrevisionistisch den Koran mit „Mein Kampf“ und den islamischen Propheten Mohammed mit Adolf Hitler. Unterstützer:innen der Willkommenskultur nannte er „gute Faschisten“ und die Berliner Presse als „links-faschistische Meute“. Hebold geriet während seiner Do-

zententätigkeit an mehreren Berliner Hochschulen öffentlich in die Kritik, als Schüler:innen veröffentlichten, dass er antimuslimische Ressentiments in seine Lehraufgaben einfließen ließ. So mussten sie in einer Aufgabe errechnen, ob ein Zusammenhang zwischen dem Anteil muslimischer Bevölkerung und Genitalverstümmelungen nachzuweisen sei. Im Folgenden verlor Hebold im Mai 2016 alle seine Dozenten-Anstellungen – unter anderem an der Lichtenberger Hochschule für Technik und Wirtschaft. Die Berliner Staatsanwaltschaft ordnete gegen Hebold eine Hausdurchsuchung wegen Volksverhetzung an. Das alles wurde vor seiner Wahl zum Stadtrat bekannt und so wurde er im ersten Wahlgang am 17. November 2016 mehrheitlich abgelehnt. Beim zweiten Wahlgang am 15. Dezember 2016 errang Hebold ebenfalls nicht die erforderlichen Stimmen. Die beiden Sitzungen wurden von antifaschistischen Kundgebungen

begleitet. Auch im Saal wurde gegen die Wahl des AfD-Kandidaten protestiert.

Am 11. Januar 2017 nahm die AfD Abstand von Hebolds Kandidatur. Stattdessen nominierten sie für den Wahlgang am 19. Januar den bis dahin völlig unbekanntem Frank Elischewski. Im zweiten Wahlgang erhielt Elischewski 18 Stimmen, also mindestens sechs Nicht-AfD-Stimmen und wurde so zum Stadtrat gewählt. Antifaschist:innen protestierten vor und im Sitzungssaal in der Max-Taut-Aula.

Der Biologe Elischewski war seit Gründung der Lichtenberger AfD deren Mitglied und seit 2015 als Beisitzer im Vorstand. Zur Zeit seiner Nominierung war er Schatzmeister der AfD-Fraktion und Beamter des Bundesnachrichtendienstes in einer gehobenen Funktion. Seine genaue Position wollte er weder der Presse noch den anderen Parteienvertreter:innen



Wolfgang Hebold in der Lichtenberger BVV

verraten. Seit seiner Wahl zum Stadtrat lässt er seine BND-Funktion ruhen. Ihm wurde vom Bezirksamt das Ressort für „regionalisierte Ordnungsaufgaben“ zugeordnet. Obwohl sich Elischewski in seiner Vorstellungsrede von Björn Höcke distanzierte, äußerte er Verständnis für PEGIDA und für seinen Vorgänger als Kandidaten – Wolfgang Hebold. Er gilt als Gemäßigter in seinem Verband und hat trotzdem kein Problem damit, mit extrem Rechten wie Nerstheimer, Ei-

senhardt oder Rodig gemeinsame Sache zu machen. Das zeigte sich mehrfach bei gemeinsamen Auftritten an Wahlständen und auf Festen. Auch für Angriffe auf die Gedenkkultur lässt er sich einspannen. So nahm er am 27. Januar 2018 als AfD-Vertreter an einem Versuch teil, das Auschwitz-Gedenken im Fennpfuhl zu kapern. Das wurde von anwesenden Antifaschist:innen verhindert. Eine inhaltliche Verschiebung im Lichtenberger AfD-Verband deutete sich im

Februar 2020 an. Elischewski, der bis dahin fünf Jahre lang Beisitzer des Verbands gewesen war, ist nur noch als kooptiertes Mitglied im Vorstand vertreten. Wolfgang Hebold hingegen, der zwischenzeitlich Vorsitzender des Neuköllner AfD-Verbands gewesen war, wurde als stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand gewählt. Ob Elischewski auch in der kommenden Wahlperiode Stadtrat sein wird, ist zumindest fraglich.



Frank Elischewski (2.v.l.) in der BVV bei seiner Wahl, Januar 2017, Foto: Oskar Schwartz

Die Arbeit des AfD-Stadtrats

Am 19. Januar 2017 wurde Frank Elischewski in Lichtenberg zum Stadtrat für Regionalisierte Ordnungsaufgaben gewählt. Die Aufgaben dieses Stadtratspostens wurden vor der Wahl des AfDler durch Absprachen innerhalb des Bezirksamtes begrenzt, so dass andere Stadträte zusätzliche Aufgaben übernahmen.

Zu den Verantwortlichkeiten Elischewskis zählen das Abschleppen von Autos, das Einfangen streunender Hunde und Katzen und die Straßenreinigung. Er ist in diesen Bereichen berlinweit zuständig.

Elischewski fiel während seiner Amtszeit nicht durch Skandale in seinem Tätigkeitsgebiet auf. Er nahm jedoch mehrfach mehrfach allein oder mit anderen AfDler:innen an bezirklichen Gedenkveranstaltungen an die Zeit des Faschismus teil. Oft kam es in den Reden zu einer klaren Distanzierung auch von aktuellen Formen der extremen Rechten, so dass Elischewski eher verloren am Rand stand.

Am 27. Januar 2018 kam es jedoch zu einem Eklat, als Elischewski in seiner Rolle als AfD-Vertreter gemeinsam mit den

AfD-Funktionären Sebastian Faetke und Harmut Naß einen Kranz zum Auschwitz-Gedenken an der Gedenkstele am Fennpfuhl niederlegen wollte. Das wurde von anwesenden Antifaschist:innen verhindert. Sie hinderten Elischewski daran, sich dem Denkmal zu nähern und seine Rede zu halten und veranstalteten stattdessen eine antifaschistische Gedenkaktion. Die AfDler mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

**Rassismus | Erinnerungspolitik | Fake News |
Antisemitismus | Antifeminismus**

Die Ideologie der Lichtenberger AfD

Rassismus in der AfD

Das Auftreten der AfD ist seit der Gründung von politischen Tabubrüchen sowie einer radikalen und zusehends enthemmten Sprache geprägt. Rassistische oder geschichtsrevisionistische Argumente und Inhalte sollen so enttabuisiert und normalisiert werden. Diskriminierung und Hass-Sprache sind dabei keine Ausrutscher, sondern strategische Instrumente der AfD.

Eine Rede der stellvertretenden AfD-Bundessprecherin und Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2021, Alice Weidel, illustriert anschaulich offenen Rassismus. Am 16. Mai 2018 teilte sie im Bundestag mit: „Doch ich kann Ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“ Pauschal werden muslimische Mädchen und Frauen als „Kopftuchmädchen“ verunglimpft. Männliche Migranten stellt Weidel demgegenüber klischeehaft als mit Messern bewaffnete Gestalten dar. Es wird eine quasi-natürliche Verbindung zwischen Migrant:innen und Gewaltstraftaten konstruiert. Diese antimuslimischen und rassistischen Äußerungen verbindet sie mit einer vermeintlich sozialen, aber im Kern sozial-chauvinistischen Argumentation. In ihrer Äußerung konstruiert sie, dass Wirtschaft und Sozialstaat durch religiöse Symbole oder angeblich kriminelle Migrant:innen bedroht seien.

Wem hingegen „unser Wohlstand“ gehört, lässt sie offen, und öffnet damit den rassistischen Zuschreibungen Tür und Tor, wer zur „nationalen Gemeinschaft“ gehört und wer nicht. Der Lichtenberger AfD-Bezirksverordnete Marius Radtke teilt dieses rassistische Statement am 20. September 2019 auf Facebook. Dazu kommentierte er: „Diese Entwicklung [Anm.: die Zuwanderung] trägt dazu bei, dass unser Sozialsystem hunderttausendfach durch vermeintliche Fachkräfte missbraucht wird, die innere Sicherheit kaum noch vorhanden ist und Messerattacken, Vergewaltigungen und Morde längst zum Alltag gehören!“ Zwischen die inhaltliche Ausrichtung der Bundesspitze und den Lichtenberger Bezirksverband passt somit zumindest was rassistische Zuschreibungen an Migrant:innen angeht kein Blatt.

Ethnisierung sozialer Problemlagen

Die Verknüpfung von ethnisierten Zuschreibungen mit sozialen Themen ist nicht neu. Ein Vertreter der AfD, der bereits seit den ersten Jahren der Existenz der Partei soziale Ungleichheit entsprechend verklärt, ist Alexander Gauland. Im März 2016 positioniert sich Gauland gegen die Aussetzung des Mindestlohns für Geflüchtete, weil er Lohndumping auf Kosten der „deutschen Arbeiterschaft“ fürchtet. So erklärt er: „Sogenannten Flüchtlingen nun staatlicherseits einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, hätte fatale Folgen für diejenigen Arbeitnehmer und Arbeitssuchenden, die ihre Arbeitskraft weiter zum Mindestlohn anbieten müssen.“ Damit nutzt Gauland das klassische Muster einer rassistischen Argumentation: Er ethnisiert soziale Widersprüche, indem er diese zwischen einheimischen Arbeitskräften und Arbeiter:innen mit Fluchthintergrund zuspitzt, anstatt kapitalistische Widersprüche allgemein zu thematisieren. Nicht die Ausbeutung der sich ähnelnden materiellen Interessen von Geflüchteten und länger ansässigen Arbeitskräften durch Konzerne, die Löhne drücken um Profite zu erhöhen, stehen im Vordergrund, sondern vermeintliche ethnische und kulturelle Unterschiede.

Das zeigt ein zentrales Argumentationsmuster der AfD, die nicht einfach weitere Einwanderung ablehnt, sondern gesellschaftliche Probleme ursächlich an Einwanderung knüpft. In dieser Verbindung sind gesellschaftliche Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnraumknappheit, das Ergebnis von Zuwanderung. Durch diese Definition der extremen Rechten kommt es zur Ethnisierung des Sozialen. Ergebnis ist zum einen die Abwertung der Anderen – in diesem Fall der Geflüchteten – und zum anderen die Herstellung einer durch diese bedrohten einer nationalen bzw. völkischen Gemeinschaft.

Auch die Lichtenberger AfD bedient entsprechende Argumentationsmuster. In einem Post vom 15. April 2021 auf der Facebookseite des AfD-Bezirksverbandes zum gescheiterten Mietendeckel wird die verschärfte Lage auf dem Mietmarkt mit dem „ungesteuerten Zuzug aus aller Welt nach Berlin“ begründet. Die Bauaktivitäten des Berliner Senats werden demgegenüber von der kommunalen AfD am 19. Februar 2021 auf Facebook wie folgt zusammengefasst: „Der Senat baut und baut. Aber nicht für Dich, schon länger hier lebender Berliner.“ Was sie damit meinte, zeigt ein Post vom 14. Juli 2021, in dem die AfD Lichtenberg gegen die Aufstockung von Plattenbauten protestiert, da diese nur geschehe, „damit die Masseneinwanderung weiter gehen kann“. Wer, wie kontrolliert, welche Personen in die neu entstehenden Wohnungen einziehen, erklärt die AfD nicht.

Auch das Thema Altersvorsorge verbindet die AfD Lichtenberg oftmals mit ihrer Kritik an der angeblich maßlosen Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme. Marius Radtke schrieb am 30. Juli 2019 folgendes auf Facebook: „Während bei uns viele Familien und Rentner an oder sogar unter der Armutsgrenze leben und sich der Staat immer weitere Belastungen wie der CO2-Steuer ausdenkt, logieren Asylbewerber und „Flüchtlinge“ in teuren Hotels. [...] Ausbaden dürfen das jeden Tag aufs Neue unsere Bürger, welche von unseren Gästen von Bahnsteigen in den Tod geschubst werden, das Freibad meiden, nicht mehr Abends allein herausgehen und für welche ein Discobesuch mit einer Massenvergewaltigung enden kann.“ Neben der Verbindung des Themas „Altersvorsorge“ mit Einwanderung werden bewusst rassistische Bilder gezeichnet. Für Radtke leben Geflüchtete ausschließlich in Luxushotels und neigen zur Gewalt gegen Deutsche ohne Migrationshintergrund. Abgerundet

wird der Post mit einem Link auf die FPÖ-nahe Wochenzeitung „Wochenblick“, die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als „Desinformationsprojekt am rechten Rand“ beschrieben wird und zahlreiche Verschwörungserzählungen veröffentlicht.

Die Bildungsdiskussion führt die AfD ebenfalls verstärkt mit Bezügen zur Einwanderung. Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 heißt es: „Die Integration von Migranten ist eine Herausforderung für das deutsche Bildungssystem, da viele von ihnen anderen Kulturkreisen und zudem oft bildungsfernen Schichten entstammen. Fehlende Vorbildung und mangelnde Sprachkenntnisse verhindern in vielen Fällen eine erfolgreiche Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt. Diese Menschen drohen in Deutschland persönlich zu scheitern und zu einer dauerhaften Belastung für den Sozialstaat zu werden.“ Das von der AfD angesprochene Problem der Integration bildungsferner Schichten in das Bildungssystem ist eine große gesellschaftliche Herausforderung, die jedoch aus einem kaputtgesparten und ökonomisierten System resultiert und damit nicht nur zugewanderte Menschen be-

trifft. Diese werden hier ausschließlich als Belastungen konstruiert und bestehende Potentiale, wie bspw. Mehrsprachigkeit, bleiben unerwähnt.

Antimuslimischer Rassismus

Im Mai 2016 beschloss die AfD bei ihrem Stuttgarter Parteitag einen rigorosen Anti-Islam-Kurs. Im Grundsatzprogramm der AfD aus dem Jahr 2016 wird postuliert, dass der Islam aus Sicht der AfD nicht zu Deutschland gehört. Keiner anderen Religion oder Religionsgemeinschaft widmet sich die AfD derart ablehnend, diffamierend und diskriminierend. Der von der AfD befeuerte antimuslimische Diskurs bedient klar kulturrassistische Positionen. Geschürt wird die Angst vor „dem Islam“ zum einen durch eine Gleichsetzung von Muslimen mit Kämpfer:innen des sogenannten Islamischen Staats oder vom Islam mit islamistischen Terror.

Auch der AfD-Abgeordnete Karsten Woldeit aus Lichtenberg macht aus seiner Ablehnung des Islams keinen Hehl. Am 18. Februar 2019 berichtet er über eine neue Broschüre des Verfassungsschutzes, in der die Zahl der Islamist:innen in Deutschland mit etwa 26.000 beziffert ist.

Diese Zahl ist für ihn ein klares Beispiel dafür, dass die Politik und der Verfassungsschutz die Gefahr des Islam verharmlost. Dass diese Islamist:innen nur etwa 0,5 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime und damit der Religion „Islam“ ausmachen, verschweigt er. Nach Hochrechnungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahr 2021 lebten 2019 zwischen 5,3 und 5,6 Millionen Muslime in Deutschland. Woldeit setzt Islamismus als politische Ideologie und Islam als Religion einfach gleich und überträgt die islamistische Gewalt pauschal auf alle Muslime. Er diffamiert damit in rassistischer Stoßrichtung einen Großteil der muslimischen Menschen, denen er grundsätzlich Gewalttätigkeit unterstellt. Mit dem Abschluss des Posts beschreibt er klar seine Einschätzung zum Islam: „Mit dem politischen Islam kommt die Gewalt, einen liberalen, westlichen und damit friedlichen Islam – davon sind wir noch Jahrzehnte oder Jahrhunderte entfernt!“ Für Karsten Woldeit existiert kein liberaler, westlicher oder friedlicher Islam.

Ex-Stadtrat und AfD-Fraktionsmitarbeiter Wolfgang Hebold möchte die Ablehnung des Islam gleich zur gesell-

Antimuslimisches Wahlplakat der AfD im Wahlkampf 2016



schaftlichen Grundhaltung entwickeln. In einem Facebookpost Anfang 2018 äußert er: „Es muss in diesem Land selbstverständlich werden, anti-islamisch zu sein. [...] Erst wenn das so ist, ist dieses Land wieder in der Ordnung.“

Zudem wird im Anschluss an PEGIDA eine angebliche „Islamisierung“ Deutschlands herbeifantasiert. Dies wird auch im Bundestagswahlprogramm 2021 thematisiert. Wie die extreme Rechte auf der ganzen Welt konstruiert die AfD eine Vorstellung, wonach „der Islam“ und damit alle Muslime eine feindliche Übernahme der Gesellschaft plane. Diese Erzählung der „Islamisierung“ beinhaltet wesentliche Teile unterschiedlicher Verschwörungserzählungen. Eine Ausprägung dieser Vorstellung ist die Erzählung eines „Geburtenjihad“, wonach der Islam durch vermeintlich höhere Geburtenraten andere Formen des Zusammenlebens zurückdrängt. Ein anderer Verschwörungsmythos, der eng damit zusammenhängt, ist der „große Bevölkerungsaustausch“ oder die „Umvolkung“, die besagen, dass die deutsche oder europäische „Stammbevölkerung“ aufgrund eines geheimen Plans der weltweiten „Eliten“ durch Migrant:innen ausgetauscht werden soll. Auch der Lichtenberger Marius Radtke bemüht dieses Bild. Am 19. Oktober 2019 schreibt er auf Facebook: „Auf der einen Seite setzen sich also unsere Volksvertreter dafür ein, das der Zustrom von abertausenden Kriminellen, Mördern und Terroristen nicht versiegt, derweilen kümmert sich die andere Hälfte darum, dass unsere Bevölkerung regelrecht ausgetauscht wird!“. Hier bedient ein Mitglied der Lichtenberger AfD verschwörungsideologische Argumentationsmuster mit einem klar ethnopluralistischen Kulturrassismus, was in der gleichen Weise auch von PEGIDA oder der „Identitären Bewegung“ gemacht wird. Damit wird deutlich, wo die politischen Schnittpunkte der AfD im Bezirk liegen.

Der Lichtenberger AfD-Bürgerdeputierte Hartmut Balke verbindet den „Bevölkerungsaustausch“ gleich mit einem Beispiel aus der Naturwelt. Er teilt auf Facebook im Juni 2018 ein Video, in dem dokumentiert ist, wie sich eine südamerikanische Ameise in Südeuropa ansiedelt und dabei aggressiv einheimische Tierarten verdrängt. Er kommentiert das Video suggestiv mit der Frage „Kann hier jemand Parallelen entdecken?“ und offenbart mit diesem Mensch-Tier-Vergleich zusätzlich sein rassistisches Denken.

Homogenes Deutschland

Grundsätzlich wendet sich die AfD klar gegen die weit verbreitete Vorstellung von der Bundesrepublik als einem Einwanderungsland, das heißt eines heterogenen, durch verschiedene Kulturen und Lebensweisen

geprägten Deutschland. Stattdessen hätten sich Einwanderer:innen in eine völkisch orientierte „deutsche Leitkultur“ einzuordnen, wobei unklar ist, was diese ausmachen soll. Ein interkulturelles Zusammenleben wird abgelehnt. Diese völkische Dimension unterstreicht auch das Bundestagswahlprogramm 2021. Das erst 2000 eingeführte Geburtsortprinzip, wonach der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland möglich wird, soll aus dem Gesetz gestrichen werden. Stattdessen will die AfD zum Abstammungsprinzip bzw. Blutrecht zurückkehren, so dass nur diejenigen Personen Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben, deren Eltern bereits deutsche Pässe besitzen.

In ihrem Grundsatzprogramm von 2016 fokussiert die AfD eine kulturelle Homogenität als Bevölkerungsideal. Diese Homogenität gilt es gegen „importierte kulturelle Strömungen“ zu verteidigen.

Auch im Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021 wird damit die national-völkische Ausrichtung der Partei sichtbar, indem die AfD unter Bezugnahme auf den Begriff „Kultur“ Menschen in ethnopluralistischer Manier in homogene Gruppen unterteilt. Unter Bezugnahme auf das Kriterium der „Kultur“ werden Menschen in ein „uns“ und „die anderen“ unterteilt und hierarchisiert. Das „uns“ wird im Wahlprogramm wie folgt definiert: „Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur. Letztere sind eng verbunden mit dem Christentum, der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Unsere Identität bestimmt die grundlegenden Werte, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. [...] Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.“

Mit der Ablehnung eines Verfassungspatriotismus verstärkt die AfD inhaltlich ihre völkische Ausrichtung. Dieses staatsbürgerrechtliche Konzept wurde 1970 von dem Liberalen Dolf Sternberger entworfen und später von Jürgen Habermas weiterentwickelt. Grundidee war die Entwicklung eines Gegenkonzeptes zu einem rein ethnisch bzw. völkisch fundierten Staatsverständnis. Der Stolz auf die staatliche Verfassung soll – Sternberger und Habermas folgend – ein Bollwerk gegen die Renaissance eines aggressiven Nationalismus sein, weil er eine positive Identifikation mit den Werten und Errungenschaften schafft, die heutzutage Verfassungsrang haben. Auch wenn dieser

Ansatz weiterhin die innere Logik des Nationalen zu Ausgrenzung und Unterdrückung begünstigt, lehnt die AfD die Grundidee des Verfassungspatriotismus ab. Fokus der AfD bleibt somit ein abwertender, ausgrenzender sowie aggressiver Nationalismus unter dem Leitbild der „deutschen Leitkultur“.

Obwohl der Begriff der „Leitkultur“ zentral für die politischen Vorstellungen der AfD ist, könnte er im Programm der Partei nicht unkonkreter formuliert sein. Es gibt keine Beispiele oder Anhaltspunkte, was „unsere Leitkultur“ ausmacht. Im Angesicht der vielfältigen Lebensweisen in der Bundesrepublik, zwischen den Generationen, zwischen Stadt und Land und auch zwischen Arm und Reich, kann es auch keine vereinheitlichende Definition geben. Zudem bedient die AfD eine zu einfache Vorstellung von Kultur, die als unveränderlich und statisch angesehen wird. Dabei entsteht Kultur nicht im eingezäunten Biotop, sondern im Austausch mit anderen Menschen.

Fazit

In der AfD sind rassistische, nationalistisch-völkische Positionen Bestandteil ihrer programmatischen Ausrichtung und ihrer politischen Strategie. Das reicht von Positionierungen durch Führungspersonen und Mandatsträger:innen bis hin zu offen ausgesprochenen Drohungen durch Parteimitglieder, die auch Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele befürworten. Die Partei braucht diese inhaltlichen Anschlusspunkte, um ihre Verbündeten außerhalb der Parlamente, wie PEGIDA, die „Identitäre Bewegung“ oder neurechte Thinktanks, politisch einzubinden und ins Boot zu holen. Auch die Lichtenberger AfD und deren Funktionsträger:innen schließen sich diesem Kanon an. Was oftmals als vermeintliche verbale Ausrutscher von AfD-Politiker:innen erscheint, sind eher gezielte Versuche, um die öffentliche Diskussionskultur nach rechts zu verschieben. Je mehr „Tabubrüche“ es gibt, umso weniger regen sich Menschen darüber auf. Dies ist ein wohlkalkulierter Teil im Rahmen einer politischen Normalisierungsstrategie.

Erinnerungspolitik und Erinnerung an die Verbrechen im Nationalsozialismus

Im Gegensatz zur traditionellen extremen Rechten ist die AfD nicht auf eine Verteidigung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus fixiert. Historische oder geschichtspolitische Debatten spielen keine dominante Rolle in der AfD. Sie muss sich auch – anders als die NPD oder der Dritte Weg – nicht von der politischen Grundanlage in ein Verhältnis zum historischen Faschismus setzen. Dennoch ist die Geschichtspolitik in Bezug auf den Nationalsozialismus für die AfD wichtig. Ihr geht es um die endgültige Überwindung der realen oder auch nur vermeintlichen Einschränkungen deutscher Politik, die aus der Vergangenheit resultieren.

Die AfD knüpft damit an zentrale Diskurse der Wendezeit an. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erscheint Deutschland für die Rechte wieder als gemeinsames politisches Kollektivsubjekt. Deutschland soll wieder selbstbewusst handeln und seinen Bürger:innen mehr Leistungs- bzw. Leidensfähigkeit abverlangen. Neue Rechte, extreme Rechte aber auch Konservative popularisieren in den 1990er Jahren das Bild der „Normalisierung“ deutscher Politik. Dies bedeutete für sie, dass bei der Vertretung nationaler Interessen, alle staatlichen Machtmittel zur Durchsetzung genutzt werden. Die Mittel sollten nicht mehr durch die historischen Erfahrungen des NS-Regimes und damit verbundene Einschränkungen und Vorbehalte begrenzt werden. Diese Einschränkungen waren für die Rechte die starke Einbindung Deutschlands in internationale Strukturen, die starke Westorientierung in Bezug auf Bündnispolitik oder Werte sowie die bis zur Wende bestehende militärische Zurückhaltung in Konflikten. Die AfD

folgt inhaltlich diesen damaligen Positionen und spitzt diese zu. Deshalb ist nicht die Thematisierung der NS-Vergangenheit, sondern ihre Dethematisierung ein zentrales Anliegen.

Im Grundsatzprogramm und im Bundestagswahlkampfprogramm 2017 hieß es: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ Belegt wird die angebliche Verengung weder im parlamentarischen noch außerparlamentarischen Raum. Sie bleibt eine reine Schutzbehauptung für den Versuch, die Geschichte im Sinne der AfD umzuschreiben. Bereits der Blick auf die Schwerpunkte der deutschen Erinnerungskultur in den letzten Jahren wie „500 Jahre Reformation“, „100 Jahre Beginn Erster Weltkrieg“, „50. Jahrestag 1968“, „100 Jahre Novemberrevolution“ oder „30. Jahrestag des Mauerfalls“ negiert diese These.

Die Thematisierung der NS-Vergangenheit ist dagegen seit vielen Jahren in der offiziellen Gedenkpolitik eher zu einer Routine geworden, die kaum noch gesellschaftliche Auswirkungen zeigt. Der AfD reicht diese Ruhigstellung der NS-Vergangenheit im öffentlichen Diskurs noch nicht aus, da sie nicht nur ideologisch, sondern auch parlamentarisch eine völkische Rechte und einen deutschnationalen „Flügel“ als zentrale Stützen der Partei inhaltlich bedienen muss.

Bagatellisierung und Relativierung des Nationalsozialismus

In den letzten Jahren gab es regelmäßige Aussagen von Funktionär:innen der AfD, die den Nationalsozialismus und deren Verbrechen entweder bagatellisieren oder relativieren. Dazu gehört der Bundessprecher und Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland. Beim „Kyffhäuser-Treffen“ des extrem rechten „Flügels“ am 2. September 2017 teilte Gauland mit, dass der Nationalsozialismus „unsere Identität heute nicht mehr betrifft“. Man dürfe diese „zwölf Jahre“ Deutschland nicht mehr vorhalten. Dies entspricht voll und ganz dem AfD-Programm, wo nur noch das positive und zur Identifikation geeignete Deutsche aktiv tradiert werden sollen. In der gleichen Veranstaltung forderte er das Recht ein, „stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Die Rolle der Wehrmacht als Organisation ist bei Historiker:innen mittlerweile unumstritten. Die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ lässt sich aufgrund von systematischen Verbrechen nicht halten und ist ein Mythos. Die Wehrmacht behandelte Gegner:innen systematisch nicht nach Kriegsrecht. Sie ermordete Zivilist:innen. Sie bereitete den Gräueltaten der SS den Boden. Gauland forderte ein Recht, hierauf stolz zu sein.



Die AfD versuchte mehrfach, bezirkliche Gedenken zu instrumentalisieren. Foto: Oskar Schwartz

Ein ebenso großer Verehrer der deutschen Wehrmacht ist der Lichtenberger AfD-Verordnete Falk Rodig. Mehrfach teilte er Beiträge der Facebookseite „Kriegsdenkmäler“, auf der die deutsche Wehrmacht glorifiziert und zu Helden stilisiert wird. In einem von Rodig am 22. August 2019 geteilten Beitrag zu einer Reinigung eines Kriegsdenkmals für die gefallenen Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg auf dem Friedhof Gelenau im Erzgebirge heißt es: „Ruhm, Ehre und Respekt unseren Soldaten. Heil unseren siegreichen Toten und denen die leben. Der Enkel Mut und Stärke erhalte der Ahnen Werke.“

Ein weiterer Tabubruch erfolgte durch Gauland auf dem Bundeskongress der „Jungen Alternative“ am 2. Juni 2018. Dort teilte er mit, dass „Hitler und die Nazis“ „nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ gewesen seien. Bei dieser gezielten Provokation geht es inhaltlich nicht um die Leugnung, sondern um die Bagatellisierung für die Gegenwart. Björn Höcke – Sprecher der AfD Thüringen und Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion Thüringen – äußerte in einer Rede am 17. Januar 2017 in Dresden, dass mit Blick auf den deutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit „unsere Geistesverfassung, unser Gemütszustand, immer noch der eines total besiegten Volkes“ sei. Höcke machte dies daran fest, dass die Deutschen „das einzige Volk der Welt“ seien, „das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“. Die „Vergangenheitsbewältigung“ lähme ein Volk. Deshalb bedürfe es einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“. Dass Holocaust-Relativierung kein Privileg der Bundesebene ist, bewies im Januar 2018 auch der AfD-Bezirksvorsitzende Marius Radtke. In einem Beitrag auf Facebook, der am 7. Januar 2018 veröffentlicht worden ist und das Thema „Abtreibung“ diskutiert, relativiert Radtke den Holocaust. Nach seiner Abhandlung mit der Feststellung, dass Abtreibung Mord wäre, verweist er auf einen Beitrag der neonazistischen Internetseite „Anonymous.ru“. Offen wird dort der Holocaust geleugnet: „Wenn es dann allerdings um den heiligen Sankt Holocaust geht, der mit dem §130 StGB auch noch rechtlich vor jeder rational wissenschaftlichen Untersuchung geschützt wird und somit eine Art Zwangsreligion darstellt, dann wird gemammert, gewimmert und gekrochen, bis die Brustwarzen wund sind.“ Abgerundet wird der Artikel noch durch offenen Antisemitismus. Dem „Internationalismus jüdischen Ursprungs“ wird die Schuld an den



Antifaschist:innen stellen sich ihnen in den Weg. Foto: Oskar Schwartz

Abtreibungen gegeben.

Auf dem Twitter-Account und der Facebookseite des AfD-Kreisverbandes hingegen sind Beiträge, die die Verbrechen im Nationalsozialismus oder zentrale Gedenktage thematisieren, eine Seltenheit. Stattdessen sind inhaltliche Verweise zu finden, um sich selbst nur indirekt zu positionieren.

Am 8. Mai 2019 veröffentlichte der AfD-Bezirksverband eine der wenige Gedenkbeiträge zum Tag der Befreiung auf Facebook. In dem Beitrag wird die Rede zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs von Bundestagspräsident Phillip Jenninger im Jahr 1985 wiedergegeben. Auch wenn an wenigen Stellen der Rede die Verantwortung des deutschen Volkes kurz angesprochen wird, wird die Legende des „verführten Volkes“ fortgeführt. Über längere Passagen entsteht der Eindruck, dass Hitler im Alleingang Vernichtungskrieg und Holocaust realisiert hätte. Der Text negiert, dass das ganze deutsche Gesellschaftssystem auf die Judenvernichtung und Kriegswirtschaft ausgerichtet war und damit eine kollektive Dimension hatte. Eine weitere Dimension, die der AfD entspricht, ist die Fokussierung auf die „deutschen Opfer“ und den Verlust deutscher Gebiete nach dem Zweiten Weltkrieg.

In einem anderen Facebook-Beitrag des AfD-Bezirksverbandes am 12. Mai 2020 wird die erinnerungspolitische Einordnung des 8. Mai sichtbar. Es wird eine Rede des Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio lobend verlinkt, in der er die Rede von Bundespräsident Steinmeier bespricht. Curio hält die Rede für einen Teil eines „anti-deutschen Framings“. Curio führt aus: „Die Deutschen sollen sich als Deutsche

schuldig fühlen, sich ihrer Identität schämen und sie als wertlos erachten, damit bestimmte politische Ziele (zu nennen wären etwa: Schulden-Union, Masseneinwanderung) leichter durchzusetzen sind und jeder Widerstand von vornherein psychologisch gebrochen wird.“ Fazit von Curio ist, dass die bundesdeutsche Erinnerungspolitik – vertreten durch den Bundespräsidenten – Teil einer „Gesinnungsdiktatur“ sei.

Parlamentarische Vorstöße zur Geschichtspolitik

In den Parlamenten – ob auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene – finden Tabubrüche und Relativierungen bei AfD-Politiker:innen selten, aber regelmäßig statt. Häufiger geht es bei parlamentarischen Vorstößen um die Dethematisierung des Nationalsozialismus. Dabei geht es nicht um eine Umdeutung, sondern um ein Verschwinden aus der öffentlichen Erinnerung.

Die Landtagsfraktion der AfD in Baden-Württemberg stellte 2017 einen Antrag im Rahmen der Haushaltsverhandlungen, die Fördergelder für die NS-Gedenkstätte Gurs zu streichen. Wenig später stellte die AfD-Fraktion Baden-Württemberg einen Änderungsantrag zum Landeshaushalt im Bereich Jugend und kulturelle Angelegenheiten. Es sollte keine Gedenkstättenfahrten mehr zu Orten von Naziverbrechen geben, sondern nur noch Exkursionen zu „bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“.

Ein weiteres Beispiel ist die AfD-Fraktion in Niedersachsen. Sie lehnte die Finanzierung der KZ-Gedenkstätte Schillstraße in Braunschweig ab.

Im Rahmen der parlamentarischen Arbeit in Lichtenberg wurden zwei Anträge, die

Nationalsozialismus oder das Gedenken thematisieren, durch die AfD eingebracht. Mit der Drucksache „Die Würde von Gedenkorten gewährleisten“ sollte das Aufstellen von Gegenständen, welche die Würde eines Gedenkortes verletzen können, verhindert werden. Ein zweiter Antrag sollte verurteilen, dass der AfD-Stadtrat Dr. Frank Elischewski am 27. Januar 2018 durch Antifaschist:innen daran gehindert wurde, einen Kranz an der Stele in Erinnerung an ein Zwangsarbeiter:innenlager im Park am Fennpfuhl niederzulegen. Dieser wurde ebenfalls abgelehnt.

Im Sinne der durch die AfD propagierten erweiterten Geschichtsbetrachtung setzt die AfD-Fraktion stärker den Fokus auf Preußen. Folglich wird in den Fraktionsräumen der AfD ein Bild von Louis Ferdinand von Preußen aufgehängt oder sich für die Trabrennbahn Karlshorst als preußisches Kulturgut eingesetzt. In gleichem Sinne ist ein Twitter-Beitrag des Lichtenberger Bezirksverbandes der AfD am 17. Januar 2021 zu werten, der an den 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches erinnert. Verlinkt ist ein Video der „Jungen Freiheit“ – einem Sprachrohr der Neuen Rechten, das sich im Grenzbereich zwischen Konservatismus und extremer Rechten bewegt. In dem Video wird das Deutsche Reich glorifiziert. Zudem wird beschrieben, wie positiv es gewesen wäre, wenn das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg gewonnen und „den Kontinent umgebildet hätte“. Es wäre damit Hitler verhindert worden, da – einem im Video benutzten Zitat folgend – „nach einem deutschen Sieg [...] Adolf Hitler sein Leben wohl als mittelmäßiger Postkartenmaler [...] in einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa beendet hätte, über das es in seinen Augen wenig Grund zu Beschwerden gegeben hätte.“ Dass in dem Video die Eroberung Europas durch Deutschland im Ersten Weltkrieg unter dem Motto „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ als positive, jedoch nicht eingetretene, Verhinderungsoption des Nationalsozialismus beschrieben wird, offenbart das Geschichtsbild der „Jungen Freiheit“ und des videoteilenden AfD-Kreisverbandes. Nicht überraschend endet das Video mit dem Zitat „Ohne Deutschland kein Heil“.

Einen anderen Vorstoß im Bereich der Geschichtspolitik gab es am 30. August 2018 in der Lichtenberger BVV. Der AfD-Verordnete Heribert Eisenhardt lehnt die rote Beleuchtung des Lichtenberger Rathauses bei der „Nacht der Politik“ ab und hielt eine kurze Rede, in der er den Nationalso-

zialismus mit der DDR als „die beiden zentralen Diktaturen des 20. Jahrhunderts“ und die SA mit dem „Schwarzen Block“ verglich. Die Rede wurde von den anderen Verordneten als Verharmlosung des Nationalsozialismus und extremismustheoretische Relativierung empfunden.

Im Zeitraum von Erstveröffentlichung der Internetseite bzw. der Facebookseite der AfD-Fraktion bis zum 6. Februar 2021 wird kein Artikel, Bericht oder ähnliches zu zentralen Gedenktagen wie dem 9. November, dem 8. Mai oder dem 27. Januar veröffentlicht. Stattdessen werden andere erinnerungs- bzw. geschichtspolitische Akzente gesetzt. Es wird das Speziallager des sowjetischen Geheimdienstes in Hohenschönhausen, das von 1945 bis 1946 als Folge des deutschen Vernichtungskrieges bestand, thematisiert. Es erfolgt eine Verlagerung der Erinnerung auf die „deutschen Opfer“ und eine Fokussierung auf Vergehen der sozialistischen Regime.

Verlagerung der Erinnerung auf „deutsche Opfer“

Häufig nutzt die AfD auch historische Umdeutungen. Dabei geht es nicht primär um die Leugnung oder die Relativierung von NS-Verbrechen, sondern um die Verlagerung der öffentlichen Erinnerung auf „deutsche Opfer“ und deutsches Leid. In diesem Feld kann die AfD an u.a. rechtskonservative und extrem rechte Mobilisierungen wie jahrelange Kampagnen und Demonstrationen wegen den Bombardierungen deutscher Städte anknüpfen.

Im Januar 2018 brachte die AfD in Sachsen-Anhalt einen Antrag mit dem Titel „Errichtung einer zentralen Gedenkstätte für die zivilen Opfer der Flächenbombardierung auf dem Gebiet des heutigen

Sachsen-Anhalt“ ein. Sichtbar wird, dass Vokabular und Phrasen der extremen Rechten genutzt werden, die in den Kampagnen der NPD auch schon vorkamen: „Terrorangriffe“, „fortschreitende Relativierung der Opferzahlen“ oder „Bombenkrieg“. Mit dem Begriff „Bombenkrieg“ wird suggeriert, dass es einen weiteren Krieg innerhalb des Zweiten Weltkriegs gab. Eine Kontextualisierung in die Ursachen des Krieges findet nicht statt.

Eine Verlagerung der Erinnerung auf „deutsche Opfer“ ist auch bei dem AfD-Bezirksverordneten Falk Rodig feststellbar. Während die Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg und die Glorifizierung der Wehrmacht oft in Facebook-Beiträgen thematisiert werden, finden die nationalsozialistischen Verbrechen oder zentrale Gedenktage keine Erwähnung.

Ganz im Sinne einer geschichtsrelativierenden Sicht oder auch der Verlagerung der Wahrnehmung auf „deutsche Opfer“ ist auch die Integration von Erika Steinbach in AfD-Strukturen zu interpretieren. Die ehemalige CDU-Abgeordnete und langjährige Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“ ist Vorsitzende der AfD-nahen „Desiderius-Erasmus-Stiftung“. Der „Bund der Vertriebenen“ gehört zu den Organisationen, die am stärksten nach dem Zweiten Weltkrieg die Erinnerung an die „deutschen Opfer“ fokussierte. Die Vertreibung nach dem 8. Mai 1945 wird nicht ansatzweise in die historische Kausalität eingeordnet. Die Vertreibung wird als „Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bewertet und damit auf eine Stufe mit den Verbrechen der Nazis gestellt.



Der AfD wird ein offener Brief des Bündnis für Demokratie überreicht. Foto: Oskar Schwartz

Instrumentalisierung und Gleichsetzung

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus wird auch durch die AfD instrumentalisiert oder für Gleichsetzungen genutzt. Zum Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus gibt der Bundestagsabgeordnete der AfD, Dr. Anton Friesen, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, eine Erklärung ab. Nach kurzer Einleitung verbindet er den Holocaust mit der Einwanderung von Muslima. Er teilt mit, dass er Antisemitismus aktuell maßgeblich mit muslimischen Einwanderern verbindet. Negiert wird, dass es zwar antisemitische Einwanderer:innen gibt, jedoch Antisemitismus noch immer der Mehrheitsgesellschaft entspringt. Auch die Lichtenberger AfD-Funktionäre Karsten Woldeit und Marius Radtke kolportieren in Beiträgen auf Facebook, dass Antisemitismus ausschließlich importiert wird.

Dem gleichen Muster folgt ein Facebook-Beitrag des Lichtenberger Kreisverbandes am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Jahr 2020. Nach einem kurzen Satz zum „nationalsozialistischen Völkermord“ wird ein Beitrag

verlinkt, der Antisemitismus im arabischen Raum thematisiert.

Ein anderes lokales Beispiel für die Gleichsetzung von Nationalsozialismus lieferte 2016 der AfD-Stadtratskandidat und Fraktionsmitarbeiter Wolfgang Hebold. Aufgrund des Vorwurfes von antiislamischer Hetze verlor der Statistikozeant im Sommer 2016 an gleich drei Berliner Hochschulen seine Lehraufträge. Auf seiner Internetseite veröffentlichte er mehrfach Artikel mit geschichtsrevisionistischen Inhalten. In einigen wird der Islam mit dem Nationalsozialismus und Mohammed mit Hitler gleichgesetzt.

Fazit

Die AfD lehnt die aktuelle Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus ab. Sie will andere Ereignisse und Persönlichkeiten in den Vordergrund der geschichtlichen Betrachtung setzen, die Anknüpfungspunkte für eine kollektive „deutsche Identität“ bieten. In Lichtenberg wird diese Dethematisierung des Nationalsozialismus aktuell durch einen besonders positiven Bezug zu Preußen sowie dem Deutschen Reich zelebriert. Sichtbar ist auch ein klarer antikommunistischer Fokus.

In Lichtenberg zeigt sich dies zudem in einem klaren Desinteresse. Der Nationalsozialismus und das Gedenken werden äußerst selten öffentlich thematisiert. Feststellbar ist, dass oft eine Instrumentalisierung erfolgt. Das Gedenken an den Holocaust wird genutzt, um gegen Muslima zu hetzen und zu suggerieren, dass Antisemitismus ausschließlich durch diese Minderheitengruppe getragen wird. Im Falle von Protesten an der Teilnahme von AfDler:innen bei Gedenkveranstaltungen, die aufgrund von den inhaltlichen Positionen der AfD nur ein strategisches Moment sein kann, generiert sich die AfD als Opfer. Zudem kann so gezielt Unruhe zwischen verschiedenen Akteur:innen der Zivilgesellschaft gestiftet werden.

Zudem ist feststellbar, dass die AfD oder auch einzelne Protagonist:innen zusätzlich Beiträge veröffentlichen, die die Wehrmacht glorifizieren, die Erinnerung ausschließlich auf „deutsche Opfer“ konzentrieren oder die aktuelle Erinnerungspolitik mit dem Begriff des „Schuld Kults“ verbinden.

Die AfD in Lichtenberg zeigt eindeutig, dass der Nationalsozialismus ihre Identität heute nicht mehr betrifft und folgt damit einem Leitsatz von Gauland.

Umgang mit Gedenken und AfD in Lichtenberg

Am 27. Januar 2018 – dem internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer der Shoa – fanden in Lichtenberg – wie in den Jahren zuvor – Gedenkveranstaltungen statt, organisiert durch das Lichtenberger Bezirksamt. Mitte Januar wurde bekannt, dass auch der AfD-Stadtrat Dr. Frank Elischewski als Vertreter des Bezirksamtes an der Gedenktafel Fennpfuhl den Opfern gedenken wollte.

Dies wurde durch viele Akteur:innen im Bezirk als Provokation wahrgenommen. Bereits vor dem offiziellen Beginn um 11 Uhr trafen sich deshalb mehr als 40 junge und alte Antifaschist:innen, um ein eigenes Gedenken mit mehreren Reden durchzuführen.

Parallel zu der Veranstaltung am Fennpfuhl fand der Jahresempfang der AfD im Rathaus Lichtenberg statt. Die Wichtigkeit des Gedenkens spiegelte sich bereits in der Teilnahme von AfDler:innen an den beiden Aktivitäten wider. Während im Rathaus eine größere Zahl von AfDler:innen den Jahresbeginn zelebrierte, kamen nur Elischewski mit den AfD-Fraktionsmitgliedern Sebastian Faetke und Hartmut Naß zur Gedenkstele.

Bei der Ankunft wurde ihnen mitgeteilt, dass für sie kein Platz beim Gedenken sei. Zudem übergaben Protestierende einen Brief, in dem die Gründe der Ablehnung kommuniziert wurden. Auch das Angebot, den Kranz des Bezirksamtes abzulegen, wurde gemacht.

Empfangen wurde die AfD von einer Gruppe von Menschen, die sich geschlossen um das Mahnmal gestellt hatte. Sichtbar waren Schilder, auf denen u.a. die zahlreichen NS-relativierenden „Einzelfälle“ der AfD dargestellt waren. Nach mehreren Anläufen eine Rede zu halten, gab Elischewski aufgrund von Sprechchören auf. Am Ende zogen die drei AfDler ihres Weges. Die Blumen der AfD nahmen sie wieder mit. Den Kranz des Lichtenberger Bezirksamtes ließ er am Wegesrand liegen. Er wurde anschließend durch einen älteren Antifaschisten am Mahnmal niedergelegt. Im Nachgang veröffentlichte die AfD eine Pressemitteilung, in der sie sich als Opfer generiert. „Linksextremisten“ und „Polit-Strolche“ hätten die Erinnerung an das NS-Unrecht für ihre Zwecke missbraucht. Zudem wird kommuniziert, dass es einen

gewaltsamen Übergriff gab. Diese Version wurde auch verbreitet, als die AfD in der Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag zur Verurteilung der Aktion vorstellte. Die anwesende Polizei teilte jedoch nicht das Bild. Auf Nachfrage von Journalist:innen teilte der Pressesprecher der Polizei mit, dass niemand körperlich angegangen oder verletzt wurde.

In den Folgejahren passte das Bezirksamt sein Gedenkkonzept an. Der AfD-Stadtrat wurde bewusst nicht mehr damit betraut, Kränze im Namen des Bezirksamtes niederzulegen. Bei einer Veranstaltung des Manfred-von-Ardenne-Gymnasiums am 27. Januar 2019 gab es von Seiten der Schüler:innen Proteste gegen die Teilnahme der AfD. Danach zog sich die AfD zunehmend aus den offiziellen Gedenken zurück. Nur noch kleinere Aktionen wie 2020 in Malchow oder 2021 im Rathaus Lichtenberg wurden durch die AfD durchgeführt. Die Proteste gegen die Teilnahme der AfD zeigen, dass eine Zurückdrängung der Instrumentalisierung des Gedenkens durch die AfD durch eine gemeinschaftliche Intervention möglich ist.

Gefälschte Nachrichten in Lichtenberg

Der Begriff „Fake News“ bedeutet übersetzt „gefälschte Nachrichten“. Im Gegensatz zu Falschmeldungen, die unabsichtlich zustande kommen und meist wieder korrigiert werden, handelt es sich bei Fake News um gezielt gesetzte Fehlinformationen. Sie sollen dabei möglichst authentisch wirken, um Aufmerksamkeit zu erregen oder zu schockieren und letztendlich die öffentliche Meinung in Teilen beeinflussen. Diese Art der politischen Einflussnahme ist keineswegs neu. Reißerische Schlagzeilen oder Artikel, die zu politischen Zwecken Lügen und Propaganda verbreiten, gibt es schon seit dem Bestehen von absatzorientierten Medien. In Zeiten des digitalen Informationsaustauschs lassen sich solche Fake News allerdings nur schwer kontrollieren. Alle können alles schreiben. Ethische Richtlinien, wie einen Pressekodex, gibt es nicht. Durch das Teilen von Posts in sozialen Medien oder Messenger-Diensten, wie Telegram, sind die Quellen der Meldungen nur schwer auszumachen und sie erreichen innerhalb kürzester Zeit ein hohes Maß an Sichtbarkeit. Das macht es fast unmöglich, sie wieder aus der Welt zu schaffen – selbst wenn sie als Fälschungen erkannt wurden. Digitale Bildbearbeitungsprogramme und Software zur Videomanipulation tun ihr Übriges, um Fake News auch abseits vom reinen Text authentisch wirken zu lassen.

In der Theorie lassen sich drei Formen der Fake News unterscheiden, wobei alle einzeln oder auch in Kombination vorkommen können:

- Nachrichten, die einem bestimmten Thema übertriebene Aufmerksamkeit widmen
- Propaganda
- Gezielte Desinformation

Auch die Alternative für Deutschland und deren Mitglieder nutzen Fake News. Indem sie wahre und falsche Informationen vermischen, sollen politische Gegner:innen geschwächt und die eigene Politik gestärkt werden. Dabei handelt es sich oft um absichtlich frei erfundene Geschichten, die als Nachrichten getarnt der gezielten Desinformation dienen. Doch auch das Weiterleiten dubioser Meldungen von unseriösen Quellen gehört zum Geschäft der AfD.

Politische Instrumentalisierung eines Suizids von der Lichtenberger Brücke

Was wurde durch die AfD kommuniziert?

Im September 2017 stürzte ein 23-Jähriger von der Lichtenberger Brücke. In mehreren Medien war zunächst zu lesen, dass der Mann möglicherweise bei dem Versuch, ein AfD-Wahlplakat zu entfernen, von der Brücke gestürzt sei. Dies wollen Zeug:innen so beobachtet haben, hieß es in den Meldungen. Die AfD nutzte diese Falschmeldungen für einen Angriff auf andere Parteien. Der damalige Sprecher der Lichtenberger AfD, Karsten Woldeit, gab dem SPD-Politiker Kevin Hönicke am 10. September 2017 auf Facebook eine Mitschuld an der vermeintlichen Plakatattacke und dem daraus resultierenden Sturz. Mehrere AfD-Politiker:innen schlossen sich der Falschmeldung in den Sozialen Medien an. Ungeachtet dessen, dass sich der Mann in

Lebensgefahr befand, wurden Kommentare wie „Selber Schuld“, „Kein Mitleid“ oder „Das muss Karma sein“ verbreitet. Kurze Zeit später starb der junge Mann im Krankenhaus an seinen Verletzungen.

Was ist wirklich passiert?

Der 23-Jährige hat sich das Leben durch Sprung von der Lichtenberger Brücke genommen. Ein Sprecher der Polizei bestätigte dem Tagesspiegel später, dass der Mann nach einem Streit auf der Brücke Suizid beging. Das dortige AfD-Plakat hat dabei keinerlei Rolle gespielt. Die AfD verbreitete trotz unsicherer Faktenlage gezielt Falschinformationen. Selbst nach einem Hinweis, dass es sich um einen Suizid handelte, löschte Woldeit die Hetze gegen Hönicke und die anderen Parteien nicht. Er ergänzte den eigentlichen Beitrag nur um eine kurze Mitteilung, dass es laut Polizei ein Suizid war. Die eigentliche Falschinformation ist bis heute auf der Facebookseite von Woldeit zu finden.



Wahrnehmungsstörungen zur Teilnahme an BärGIDA

Was wurde durch die AfD kommuniziert?

Am Pfingstmontag 2017 veranstaltete die Berliner PEGIDA-Abspaltung BärGIDA am Bahnhof Lichtenberg eine Kundgebung. Kevin Hönicke nahm am Gegenprotest zu BärGIDA teil und twitterte: „Und auch #AfD Rechter Woldeit bei #Bärgida!“ Karsten Woldeit war fest der Meinung, dass er nicht an der Veranstaltung teilgenommen hat. Er versuchte eine einstweilige Verfügung zu erwirken und sprach öffentlich von Fake News.

Was ist wirklich passiert?

Während der Kundgebung stand Karsten Woldeit zusammen mit Marianne Kleinert und Heribert Eisenhardt, beide AfD Lichtenberg, am Rande der BärGIDA-Kundgebung. Sie befanden sich in der Gruppe der Demonstrierenden und unterhielten sich mit Teilnehmenden. Das ist durch Fotos bewiesen. Das Landgericht Berlin urteilte später auf den Antrag von Woldeit: „[...] die Behauptung ist wahr, weil der Antragssteller entgegen seiner Bekundung an der BärGIDA-Kundgebung teilgenommen hat [...]“ Das Gericht bestätigte somit den Eindruck, dass Karsten Woldeit an einer BärGIDA-Kundgebung teilgenommen

hat. Folglich nutzte Woldeit in diesem Fall den Begriff „Fake News“ um selbst mit gefälschten Nachrichten die Geschehnisse zu verdrehen.



Angebliches „Fakevideo“ über die AfD

Was wurde durch die AfD kommuniziert?

Im September 2018 beschäftigte sich die Berliner AfD mit einem Video, das im Internet kursiert: Es zeigt Dreharbeiten an einem offensichtlich nicht echten Infostand der Partei. Darin zu sehen ist ein Vertreter der Partei, der Flugblätter verteilt. Ein glatzköpfiger Mann mit Tarnhose greift interessiert zu. Im Vordergrund werden zwei dunkelhäutige Personen von einem Mann in Bomberjacke verfolgt. Die AfD-Politiker Dirk Spaniel und Karsten Woldeit reagierten mit einem Video auf die Videoaufnahme. „Es ist unfassbar, zu welchen Mitteln inzwischen gegriffen wird, um die AfD zu diskreditieren“, kommentierte Woldeit den Clip. Das Narrativ eines „Fakevideos“ des politischen Gegners wird geschaffen.

Was ist wirklich passiert?

Was da in Lichtenberg am Fennpfuhl gedreht wurde, war kein „Fake-Video“. Es war eine Szene für einen Satire-Clip des „Bohemian Browser Ballet“, ein Satire-Kollektiv. Laut Drehteam war deutlich am Set erkennbar, dass es sich um einen Satireclip handelte. Selbst das AfD-Logo ist nicht original. Dennoch agitierte die AfD in den sozialen Medien. In einschlägigen Gruppen und Foren wurden Bilder von Akteuren des Videos ausgetauscht. Es wurde darüber gesprochen, dass es doch möglich sein müsse, die Namen und Adressen der Verantwortlichen aufzutöbern. Schließlich fanden die AfD-Mitglieder tatsächlich eine Anschrift heraus. In Begleitung eines Kameramanns stattete der Berliner AfD-Abgeordnete Frank-Christian Hansel der Produkti-

onsfirma einen Besuch ab und wollte die Verantwortlichen zur Rede stellen. Dabei wurden die genaue Adresse und die Namen auf dem Klingelschild gefilmt. Für die Produktionsfirma von „Schlecky Silberstein“ hatte dies ernste Konsequenzen: Ihre Anschrift ist nun öffentlich und angesichts des jüdischen (Künstler-)Namens Silberstein schickten AfD-Anhänger:innen den Geschäftsführer:innen antisemitische Mordfantasien.



Verbotene Antifa?

Was wurde durch die AfD kommuniziert?

Anfang 2019 verbreitete die Lichtenberger AfD erneut Fake News über einen ihrer Lieblingsfeinde – die Antifa – auf Facebook. So teilte sie mit, dass „die Antifa“ in den USA „nicht nur verboten ist, die USA haben die Antifa als Terrororganisation deklariert. Hier in unserem Land gibt es staatliche Finanzierung. Wo ist der Fehler?“

Was ist wirklich passiert?

„Die Antifa“ wurde in den USA weder verboten, noch als Terrororganisation de-

klariert. Dies bestätigte auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einer Ausarbeitung vom 24. April 2018. Dort heißt es im Fazit: „Bei der so genannten Antifa handelt es sich nach verbreitetem Verständnis nicht um eine bestimmte, klar umgrenzte Organisation oder Vereinigung, sondern um den Oberbegriff für verschiedene, im Regelfall eher locker strukturierte, ephemere autonome Strömungen der linken bis linksextremen Szene. Vor allem auf lokaler Ebene können auch schärfer umrissene und verstetigte Orga-

nisationsstrukturen in Gestalt einzelner Gruppierungen vorhanden sein. [...] Soweit aus der Literatur ersichtlich, wurden bislang weder im In- noch im Ausland einzelne Antifa-Gruppierungen als kriminelle oder terroristische Vereinigungen eingestuft.“ Obwohl diese Ausarbeitung auch der AfD bekannt ist, verbreitet sie weiter diese widerlegten Falschinformationen.



Antisemitismus in der AfD

Führende Vertreter:innen der Alternative für Deutschland betonten in der Vergangenheit mehrfach, dass die Partei pro-jüdisch sei. In einem Facebook-Post vom 4. April 2017 betont die AfD: „Wir stehen als AfD fest an der Seite der jüdischen Gemeinde in Deutschland.“ Bei genauerem Blick zeichnet sich jedoch ein anderes Bild in Bezug auf den Kampf gegen Antisemitismus ab.

Relativierung des Nationalsozialismus und des Holocaust

Zentrale Vertreter:innen der AfD relativierten bzw. bagatellisierten in den letzten Jahren mehrfach den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen. Prominentestes Beispiel ist hierbei der Thüringer Björn Höcke. In einer Rede in Dresden am 17. Januar 2017 nannte er das Denkmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas in Berlin als ein „Denkmal der Schande“ und forderte eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Auf der gleichen Veranstaltung erklärte Jens Maier von der sächsischen AfD, der mittlerweile für die Partei im Bundestag sitzt: „Ich erkläre hiermit diesen Schuld-kult für beendet, für endgültig beendet.“ Bereits Anfang der 2000er Jahre demonstrierte der heutige Lichtenberger AfD-Bezirksvorsitzende Marius Radtke als damaliges Mitglied der rechten Kleinstpartei „Bund Freier Bürger“ gegen die Errichtung des von Höcke geschmähten Mahnmals in Berlin – Seite an Seite mit bekannten Neonazis. An Radtkes Einstellung scheint sich seit dem wenig verändert zu haben. Am 7. Januar 2018 veröffentlichte er einen geschichtsrevisionistischen Beitrag auf Facebook, der im Kontext „Abtreibungen“ den Holocaust relativiert. Zudem verweist er auf einen Beitrag der neonazistischen Internetseite „Anonymous.ru“, in dem der Holocaust geleugnet wird und offen antisemitische Aussagen getätigt werden. Der Lichtenberger AfD-Verordnete Falk Rodig glorifiziert regelmäßig die deutsche Wehrmacht auf seiner Facebook-Seite. Die Legende der „sauberen“ und unschuldigen Wehrmacht wird von ihm fortgeschrieben. Nicht thematisiert werden die Verbrechen. Ebenso wenig wird die logistische Unterstellung und Unterstützung der SS-Einsatzgruppen durch die Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion erwähnt. Die Einsatzgruppen hatten den Auftrag, zuerst die jüdische Intelligenz zu erschießen, dann alle jüdischen Männer und später auch alle jüdischen Frauen und Kinder. Auf offenen Feld wurden auf diese Weise in der Sowjetunion – inklusive des zuvor annektierten Ostpolens – drei

Millionen jüdische Menschen ermordet. Doch während die Kritik an der als „Schuld-kult“ diffamierten Erinnerung an den Holocaust in der AfD weit verbreitet ist, scheuen sich AfD-Politiker:innen nicht, sich selbst mit Bezug auf die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Jüdinnen:Juden als Opfer zu inszenieren. Als Alexander Gauland im August 2017 für ein Hotel-Zimmer eine Absage erhielt, verglich die baden-württembergische AfD-Politikerin Christina Baum dies mit der NS-Forderung „Kauft nicht bei Juden“. Ein weiteres Beispiel dieser Form von Opferinszenierung gab es auch in Lichtenberg. Nachdem im Oktober 2019 die Hausfassade des AfD-Politikers Michael Kossler mit Farbe und Steinen attackiert wurde, veröffentlichte die Fraktion in Lichtenberg auf ihrer Internetseite ein Schreiben, in dem sie sich mit den Jüdinnen und Juden zur Zeit des Nationalsozialismus vergleicht.

Antisemitische Verschwörungsmythen

Relativierung oder Bagatellisierung des Nationalsozialismus stehen in den Äußerungen von AfD-Politiker:innen nicht isoliert. Zugleich werden Verschwörungsmythen genutzt, die anschlussfähig für Antisemitismus sind. Kay Nerstheimer, ehemaliger AfD-Abgeordneter aus Lichtenberg, äußerte sich schon vor seiner Wahl ins Abgeordnetenhaus als Fan von kriegsrevisionistischen, antisemitischen Verschwörungserzählungen. Im Juli 2016 postete er auf Facebook ein Youtube-Video mit dem Titel: „Alles eine LÜGE! – die echten Kriegsursachen von 1939“. Einen Tag zuvor teilte er einen Beitrag, in dem eine vermeintliche Verschwörung gegen Deutschland behauptet wird. „Die Kräfte, die den 1. Weltkrieg verursachten, haben auch den 2. verursacht“, heißt es in dem Post. Und: „Nun sind sie im Begriff, den 3. zu verursachen und immer wieder finden sie Idioten, die ihnen gehorchen“. Doch Nerstheimer steht weiter zu solchen antisemitischen Vorstellungen. Noch im Januar 2020 nahm er als Gast an einem so genannten Dienstags-

gespräch extrem rechter Gruppen in Berlin teil, bei dem Wolfgang Gedeon seine antisemitischen Thesen verbreiten konnte. Das Äußern von antisemitischen Verschwörungsmythen stand bereits im Einklang mit dem Bundestagswahlprogramm der AfD von 2017. Dort hieß es: „Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat.“

Inkonsequenter Umgang mit Antisemitismus

Mit einer gewissen Kontinuität kommt es zu einschlägigen antisemitischen Skandalen in der AfD. Aufgedeckt wurden diese Fälle von kritischen Journalist:innen oder Politiker:innen anderer Parteien. Erst in der darauffolgenden öffentlichen Skandalisierung und nach dem Druck von außen zog die AfD – wenn überhaupt – Konsequenzen. Besonders bekannt wurde die Debatte um Wolfgang Gedeon im Jahr 2016. Der damalige Landtagsabgeordnete aus Baden-Württemberg hatte vor seinem Engagement in der Partei mehrere Bücher veröffentlicht, die ihn als Anhänger antisemitischer Verschwörungsideologien offenbarten. Nach der Veröffentlichung der Thesen Gedeons in den Medien äußerten sich selbst führende AfD-Politiker relativ deutlich: Es handele sich um antisemitische Aussagen. Der damalige AfD-Fraktionschef im Landtag, Jörg Meuthen, forderte den Ausschluss von Gedeon aus der AfD-Fraktion, fand aber unter den Abgeordneten der Partei nicht die erforderliche Mehrheit. Folge war die temporäre Spaltung der Fraktion, da Jörg Meuthen mit zwölf weiteren Abgeordneten die Fraktion verließ. Erst nach Intervention durch die damalige Parteichefin Frauke Petry verließ Gedeon die AfD-Rest-Fraktion. Später kam es zur Wiedervereinigung der beiden AfD-Teile. Meuthen und seine Anhänger:innen arbeiteten fortan wieder mit Parteifreund:innen zusammen, die sich hinter ein antisemitisches AfD-Mitglied gestellt hatten. Bei dem inkonsequenten Umgang mit Antisemitismus erstaunt es nicht, dass Martin Hohmann in der AfD eine neue politische

Heimat gefunden hat. Im Jahr 2003 hatte der damalige hessische CDU-Bundestagsabgeordnete auf einer Versammlung in seinem Wahlkreis eine Rede gehalten, in der genaue Betrachter:innen kaum verhüllten Antisemitismus sahen. Im Zuge der folgenden bundesweiten Auseinandersetzung wurde Hohmann erst aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und danach auch aus seiner Partei ausgeschlossen. Nach längerem politischem Rückzug tauchte Hohmann 2016 auf Platz 1 der AfD-Liste für den Kreistag in seiner Heimatregion Fulda auf. 2017 zog er sogar in den Bundestag ein. Trotz des antisemitischen Skandals positionierten sich weder der Bundes- noch der Landesvorstand kritisch dazu.

Instrumentalisierung von Antisemitismus

Die AfD inszeniert sich als politische Akteurin, die konsequent gegen Antisemitismus vorzugehen vorgibt. Ein Blick auf die Facebookseite des Berliner Landesverbandes oder des Lichtenberger Bezirksverbandes der Partei offenbart jedoch einen instrumentellen Bezug zu Antisemitismus. Das Problem antisemitischer Einstellungen wird primär bei Geflüchteten und Muslima gesehen. Es wird suggeriert,

dass der Antisemitismus importiert ist. Auch der AfD-Abgeordnete Karsten Woldeit transportiert dies. So heißt es am 29. Oktober 2019 auf seiner Facebookseite: „Statt den Antisemitismus zu importieren [...], sollte unsere Regierung endlich für mehr Sicherheit sorgen!“ Ebenso wird das Gedenken an den Holocaust am 27. Januar genutzt, um gegen Muslima zu hetzen und zu suggerieren, dass Antisemitismus ausschließlich durch diese Minderheitengruppe getragen wird. In einer Pressemitteilung des AfD-Bundestagsmitglieds Dr. Anton Friesen vom 25. Januar 2019 erklärte dieser, „dass der Antisemitismus durch die Einwanderungskrise wieder auf dem Vormarsch ist.“ Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft und in der eigenen Partei wird hingegen kaum zur Kenntnis genommen. Während für die AfD potentiell jede:r Geflüchte:r antisemitisch ist, möchte der Lichtenberger Bezirksverband in einem Beitrag am 24. November 2020 auf Facebook die Tatmotivation des Attentäters von Halle nicht direkt als antisemitisch benennen. So „gilt [...] die Tat als rechtsextrem und antisemitisch“ für die AfD Lichtenberg. Ein Blick auf Statistiken zu antisemitischen Aktivitäten zeigt jedoch, dass An-

tisemitismus aus einem islamischen bzw. islamistischen Kontext nicht die Mehrheit antisemitischer Vorfälle bildet. Die quartalsweisen Kleinen Anfragen zu antisemitischen Straftaten von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und ihrer Fraktion dokumentieren 2275 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund für das Jahr 2020 (Stand 10. Februar 2021). Die meisten antisemitischen Delikte wurden extrem rechten Täter:innen zugeordnet. Ein ähnliches Bild liefert die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). In einer Auswertung zu den antisemitischen Vorfällen in Berlin im Zeitraum von Januar bis Juni 2020 waren zur Veröffentlichung 410 antisemitische Vorfälle bekannt. Von diesen konnte bei 28,3 Prozent der Aktivitäten eine extrem rechte bzw. rechtspopulistische Motivation festgestellt werden. Bei zwei Prozent wurde ein islamischer bzw. islamistischer Kontext dokumentiert.

Politik gegen jüdische Menschen

Ein Blick in das im Jahr 2016 beschlossene Grundsatzprogramm der AfD zeigt, wie unwichtig ihr die Bedürfnisse von jüdischen Menschen in Deutschland sind, wenn sie sich nicht mit Vorurteilen ge-

Protestschilder thematisieren den Antisemitismus der AfD, Foto: Oskar Schwartz



gen Geflüchtete und Muslime verbinden lassen. Eine Positionierung gegen Antisemitismus findet sich dort nicht. Weder werden das Judentum noch Jüdinnen:Juden konkret erwähnt. Ein Bezug zum „Jüdischen“ kommt nur an einer einzigen Stelle vor. Die „jüdisch-christliche Kultur“ wird in Frontstellung gegen den Islam gebracht. Das von der AfD im Grundsatzprogramm und in Wahlkämpfen geforderte Verbot des Schächtens würde religiöse Jüdinnen:Juden, die sich an die Kaschrut – die jüdische Speisegesetze – halten, treffen. Ihnen wäre eine freie Ausübung ihrer Religion kaum möglich. Auch von der Absicht der AfD – wie sie Alice Weidel am 13. August 2018 in „AfD Kompakt“ äußerte –, die doppelte Staatsbürgerschaft abzuschaffen, wären in Deutschland viele Jüdinnen:Juden betroffen. Einem Artikel der „Jüdischen Allgemeine“ vom 21. November 2019 folgend gibt es laut Schätzungen einige Tausend, die neben der israelischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Fazit

Positionen, die sich einer antisemitisch motivierten Schuldabwehr und dem Geschichtsrevisionismus zuordnen lassen, sind in der AfD also ebenso verbreitet wie antisemitische Verschwörungsmymen. Gleichzeitig würde die von der Partei geforderte Politik das Leben von Jüdinnen:Juden in Deutschland erschweren. Die AfD hat lediglich ein instrumentelles Verhältnis zu Antisemitismus, den sie vorrangig muslimischen Menschen und Geflüchteten zuschreibt. So soll im Diskurs das eigene politische Spektrum entlastet werden. Dies ist für die AfD dringend notwendig, da verschiedene empirische Befragungen wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa im November 2019 deutlich machen, dass antisemitische Einstellungen besonders stark unter den Wähler:innen der AfD vorkommen. Ein zusätzliches Kalkül der Partei könnte dabei sein, dass, wer sich an die Seite der Jüdinnen:Juden in Deutschland stellt, nicht antisemitisch sein kann und damit es

verunmöglicht, als extrem rechts tituliert zu werden. Beim Zentralrat der Juden in Deutschland stieß dieses Angebot der Parteinahme in den letzten Jahren auf kontinuierliche Ablehnung. „Das Interesse der AfD an Juden reicht nicht weiter, als uns als Feigenblatt zu nutzen für die eigene Demagogie.“, so äußerte sich im Februar 2021 der Präsident des Zentralrats Josef Schuster.



Kai Nerstheimer im Januar 2020 beim Dienstagsgespräch des NPD-Funktionärs Hans-Ulrich Pieper, mit Wolfgang Gedeon (AfD) und Udo Voigt (NPD), Foto: Oscar Schwartz

Die AfD und der Antifeminismus

Neben dem Rassismus und nationalen Chauvinismus kann der Antifeminismus als dritte zentrale Säule der Ideologie der Neuen Rechten bezeichnet werden. Diese Fokussierung ist Teil einer Abwehr jeglicher Emanzipationsbewegungen. Sie richtet sich hier vor allem gegen die Bewegungen für LBGTIQ*-Rechte und gegen Kämpfe zur körperlichen Selbstbestimmung, die z.B. auf dem Feld des Abtreibungsrechts stattfinden, aber auch gegen Diskurse, die eine sprachliche Sichtbarmachung von Geschlechtlichkeit thematisieren, wie der Diskussion um das Gendern.

Immer wieder werden darüber hinaus gerade weibliche Politiker:innen, Journalist:innen oder andere von Antifeminismus betroffenen Personen des öffentlichen Lebens zum Ziel von Hetzkampagnen, die nicht zuletzt aus Teilen der AfD befeuert werden.

Der Kampf für Frauenrechte wird von der AfD höchst instrumentell bedient. Geht es um rassistische Ausgrenzung, dann geriert sich die Partei als „Retter der deutschen Frau“. So gesehen nicht nur in der Diskussion um die „Kölner Silvesternacht“ 2015 oder vermeintliche Morde an Frauen durch Migrant:innen. Auch ihr weibliches Personal wird immer wieder als Beleg angeführt, dass die Partei nicht frauen- oder homofeindlich sein könne. Dieser Taschenspielertrick wird jedoch fast täglich durch Statements, parlamentarische Anträge oder Aktivitäten – wie der Teilnahme Beatrix von Storchs an den klerikalen Anti-Abtreibungsmärschen – konterkariert.

Abwehr von Emanzipationsbewegungen

Das prominenteste Beispiel homo- und transfeindlicher Äußerungen von Lichtenberger AfD-Funktionär:innen ist der ehemalige Hohenschönhausenener Direktkandidat Kay Nerstheimer. Als dieser noch auf Facebook vertreten war, teilte er dort nicht nur seine Vorliebe für halbnackte Frauen mit Sturmgewehren mit, sondern beleidigte munter politische Gegner:innen aufgrund ihrer Homosexualität. Seine Tiraden richteten sich unter anderem gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Volker Beck, aber auch gegen die Forderung nach einem Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Die AfD stellt sich gern als eine Partei der Werktätigen, der Professor:innen, der Menschen dar, die etwas für dieses Land leisten. Frauen kommen in dieser Aufzählung selten vor und tatsächlich scheint vielen AfDler:innen die arbeitende Frau suspekt zu sein. Vielleicht am klarsten drückte es der Jurist Falk Rodig aus, als er im Januar 2018 postete: „Rechtsstaat am Ende – An den Gerichten arbeiten fast nur noch Frauen“. Die „Feminisierung der Justiz“ führe zu einer „Kuscheljustiz“, zum Deal statt zu „gerechter Härte“. Kommt es hart auf hart in AfD-Verbänden, gibt es mehr Bewerber:innen als Posten, dann werden zuerst die Frauen wegge-mobbt, wie die Vergabe des Wahlkreises 1 bei der AGH-Wahl 2021 an Karsten

Woldeit statt an Marianne Kleinert zeigt (siehe Artikel AGH Wahl 2021, Seite 5). Das Selbstbestimmungsrecht der Frau, vor allem das Recht auf einen legalen Schwangerschaftsabbruch, ist der AfD ein Dorn im Auge. Das zeigt nicht nur die prominente Teilnahme an den klerikalen Anti-Abtreibungsmärschen, sondern auch immer wieder Postings zu dem Thema.

Einer der kontroversten Texte, den der damalige Sprecher der Lichtenberger AfD Marius Radke postete, war ein Holocaust-relativierender Text zu Abtreibungen. Er trug den Titel „Staatlicher Massenmord im Mutterleib: Abtreibungen und der Schuld kult sind der wahre Holocaust“ und schrieb von der „industriell betriebenen Ermordung deutscher Kinder“, „bestia-

Gender-Ideologie ist keine Wissenschaft!

Wo keine eindeutige Geschlechtszuordnung möglich ist, liegt eine biologische Anomalie vor, aber kein drittes Geschlecht!

Dr. Marius Radtke

Alternative für Deutschland
Landesverband Berlin

lich ermordeten Kindern“ durch „internationalistische, bolschewistische Dreckspatzen“ aus SPD, Grünen und Linken. Diese werden als „Volksverräterparteien der Verwaltungsfirma BRD“, die „Zion anbeten“, bezeichnet. Diese menschenverachtende Wortmeldung hatte keine Konsequenzen für Radtke.

Hartmut Balke geht in den sozialen Medien besonders bemüht gegen Gender-Diskurse und Diskriminierungsvorwürfe vor. Er teilte unter anderem einen Beitrag Jörg Meuthens, der sich über quotierte Redelisten an Universitäten lustig machte. Zu einem Presseartikel über sexistische TV-Produktionen schrieb er in seiner üblich hetzerischen Art: „Der Mensch ist in erster Linie durch sein Geschlecht und seine Hormone geprägt. Männer und Frauen empfangen ständig erotische Signale und senden solche aus - alte Fregatten mal ausgenommen. Dass dabei Missverständnisse vorkommen, ist meist kein Ärgernis. Das bloße Ansehen eines hübschen Dekolletés ist doch kein Sexismus, sondern normal. Frauen, die ihr diesen Sexismus-Mist weitertragen: tretet zum Islam über und tragt eine Burka, kein Mann wird euch mehr anschauen, versprochen.“ Ohne Rassismus geht die Abwehr von feministischen Bestrebungen dann doch nicht. Der Kampf der Lichtenberger AfD gegen Sichtbarkeit von Menschen jenseits der Hetero-Normalität treibt teils skurrile Blüten. So forderte sie im Juni 2015 „Keine homosexuellen Ampelmännchen! Ampelmissbrauch stoppen!“ Die bewusste Verwendung von Homosexualität und Missbrauch in einer Parole ist Teil der altbekannten homofeindlichen Erzählung vom „pädophilen Schwulen“.

Kampf gegen das GenderMainstreaming

Die Thematisierung von Geschlechtlichkeit ist der Lichtenberger AfD ein Graus. Alles was sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sichtbar macht, und seien es nur Ampelmännchen, wird bekämpft. So auch eine Broschüre, die mit Geldern des Landes Berlin finanziert wurde. Die Lichtenberger AfD schrieb im Januar 2019 dazu „Der Berliner Senat brachte vor einigen Monaten die Broschüre ‚Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben‘ heraus. Dabei handelt es sich um eine ‚Bildungsbroschüre‘ für Kindergärten. Schon Kleinkinder werden mit Fragestellungen zur sexuellen Identität konfrontiert. Auffällig hierbei ist, dass eher eine Feminisierung der Jungs, als eine Maskulinisierung der Mädchen stattfindet.“ Wirklich

schlimm – findet die AfD – ist es, wenn Kindern vorgelebt wird, dass es nicht auch Identitäten jenseits des klassischen Jungs-blau-Fußball-prügeln und Mädchen-pink-Puppen-nähen gibt. Die Drastik, mit der sich AfDler:innen durch ein Sternchen oder einen Unterstrich angegriffen fühlen, machte ein Video deutlich, das Hartmut Balke teilte. Es zeigt den Schauspieler Andreas Rebers mit einer Rede in der Dieter Nuhr-Show: „Während man sich hierzulande mit einer albernen und lächerlichen Bubu-Sprache durch die Wohlstandsverwahrlosung gendert, machen in Europa die Dschihadisten mobil. Denn auch der Faschismus ist bunt, vielfältig, weltoffen und divers.“ Der Widerspruch, dass sie staatliche Sprachregelungen wie das Gendern als Freiheitseinschränkung empfinden und dagegen staatliche Verbote fordern oder feiern, fällt den Lichtenberger AfDler:innen nicht auf. So begrüßte Marianne Kleinert im Januar 2021 das Verbot der Gender Studies durch den Ungarischen Präsidenten Victor Orban mit den Worten „Man kann sich also wehren!“. Ähnliches war zu vernehmen, als Emmanuel Macron im selben Jahr in Frankreich Genderung im Schulkontext verbot.

Heribert Eisenhardt arbeitet sich schon seit 2013 am GenderMainstreaming ab. Er bezeichnet das Gendern als „Sektenmeinung“ und als „Werkzeug der Kinder-Vermeidung vor allem bei deutschen Akademikern und Akademikerinnen“. Im Dezember 2016 reichte die Lichtenberger SPD in die BVV einen Antrag ein, der gendergerechte Sprache in Anträgen verpflichtend machen wollte. Der Antrag schaffte es dank der BILD-Zeitung zu bundesweiter Beachtung und Proteststürmen in den AfD-Echokammern. Er wurde von vielen Lichtenberger AfDler:innen öffentlich abgelehnt und spöttisch kommentiert. So z.B. von Karsten Woldeit „Bürger nah und sinnvoll. Die SPD Lichtenberg! Schluss mit Gender-Mainstreaming“.



Eine für die „Nacht der Politik“ im Lichtenberger Rathaus 2017 angekündigte Veranstaltung der AfD zum Gender-Mainstreaming wurde kurzfristig wieder abgesagt. Stattdessen wurde im Fraktionsraum eine „Ausstellung“, bestehend aus mehreren ausgedruckten Zetteln mit Texten über „Gender Gaga“ und „Genderwahn“, gezeigt. Dieser sei eine „absurde Ideologie“, die „klammheimlich unsere Gesellschaft übernehme“.

Das dritte Geschlecht

Ein zentrales Thema antifeministischer Diskurse ist die Verteidigung der Zweigeschlechtlichkeit. Das tradierte Weltbild, das immer noch in konservativen und extrem rechten Kreisen dominiert, geht davon aus, dass es lediglich Männer und Frauen gibt, die sich durch bestimmte Geschlechtsmerkmale, aber auch durch feststehende Eigenschaften von einander unterscheiden. Heterosexualität wird dabei als Standard gesetzt. Alles, was davon abweicht, wird ausgegrenzt und bekämpft. Die Diskussion um die Einführung einer dritten Geschlechtskategorie, die in den letzten Jahren geführt wurde und letztendlich 2018 zur Einführung der Kategorie „divers“ führte, wurde von der AfD intensiv begleitet. Auch Lichtenberger AfDler:innen äußerten sich dazu. Marianne Kleinert teilte 2017 ein Sharepic der „Bundesvereinigung Christen in der AfD“ mit der Aufschrift „Ich bin ein Mädchen, basta! - Nein zum dritten Geschlecht“. Die Angst, die eigene Ge-

schlechtszuschreibung infrage gestellt zu bekommen, scheint sie wirklich zu treffen. Als Heribert Eisenhardt ebenfalls auf Facebook großzügig schrieb, dass es intersexuelle Menschen gäbe, und dass man diesen auch ein drittes Geschlecht zuweisen könne, wurde er von Hartmut Balke und Wolfgang Hebold zurechtgewiesen. Balke stellte seine unterkomplexe Sicht auf die Geschlechtervielfalt ausführlich dar: „Hat er einen Pimmel = Mann. Ein Schlitz = Frau, so einfach ist das.“. Hebold bezeichnete Transsexuelle als „minimale Minderheiten“ mit „psychische[n] Störungen“. Eisenhardt musste anschließend zurückrudern und seine Ausführungen mit dem Hinweis versehen, dass es sich bei den Transsexuellen um Menschen mit „rein psychischen Störungen, sprich Transgender, früher Transvestit“ handle und nannte den Kampf gegen „Genderideologie“ eine „Hauptfront“ der AfD. In der BVV sprach er im August 2019 zum Thema Unisex-Toiletten und führte dort seine Position – es gäbe Transsexuelle, aber so wenige, dass durch Zugeständnisse an sie Steuergeld verschwendet würde – aus. Er wurde daraufhin von der Presse zu recht als transfeindlich bezeichnet. Marius Radtke fasste die vorherrschende AfD-Meinung zum Thema zusammen: „Eigentlich ist es eine ganz normale Feststellung: Es gibt zwei Geschlechter. Leider gibt es heute selbsternannte Gender-Wissenschaftler, die genau diesen Fakt vergessen machen wollen. Sie wollen uns weis-

machen, es gebe ein drittes Geschlecht. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ja, es gibt Menschen, bei denen keine eindeutige Geschlechtszuordnung möglich ist. Diese Menschen sollten wir nicht diskriminieren und wir sollten sensibel mit diesem Thema umgehen. Aber trotzdem sollten wir die Fakten nicht vergessen: Es handelt sich hier um eine biologische Anomalie, nicht um ein drittes Geschlecht.“

Der Mord an Keira in Hohenschönhausen

Ein Beispiel für das instrumentelle Verhältnis zu Frauenrechten ist der Mord an der 17-Jährigen Keira im März 2018 in Hohenschönhausen. Sie wurde mit dutzenden Messerstichen in ihrer Wohnung ermordet. Keira wurde sofort von bundesweiten rassistischen Strukturen, wie dem „Frauenbündnis Kandel“, zu einem Opfer von „Ausländergewalt“ stilisiert. AfD-Politiker:innen orakelten, dass die Tat auf migrantische Täter deuten würde. Neben über hundert schockierten Mitschüler:innen und Anwohner:innen nahmen auch Akteure der lokalen NPD und AfD an den Gedenkveranstaltungen teil. Der anwesende Marius Radtke stellte anschließend auf Facebook die Suggestivfrage „Wann wachen die Menschen endlich auf?“. Seine Leser:innen wussten die Frage richtig zu deuten und kommentierten „An alle Gutmenschen wenn sie selbst betroffen sind. Sowas wird in den Medien nicht mal gezeigt. Egal die meis-

ten Deutschen finden es ja toll was bei uns los ist. Wirklich Traurig.“ „Für mich sind alle Befürworter und Schweiger Mitschuld an diesem bestialischen Mord eines jungen Mädchens durch Moslem und somit dem Islam. Appell an alle Eltern: klärt eure Töchter über die Gefahren des Islams auf.“ Das alles geschah zu einem Zeitpunkt, als längst klar war, dass Keira von einem deutschen Mitschüler ermordet worden war. Noch später im Jahr wurde auf rassistischen Demonstrationen ihr Porträt als ein Opfer von „Ausländergewalt“ getragen.

Rassismus und Frauenrechte

Gerade im Kontext mit der Einwanderung von Muslima nach Deutschland hat die extreme Rechte die Frauenrechte für sich entdeckt. Mit sogenannten Frauenmärschen agitiert die AfD-Funktionärin Leyla Bilge gegen Muslima und lädt Frauenrechtsdiskurse rassistisch auf. Auch Lichtenberger AfDler:innen fühlen sich von dieser Strategie angesprochen. So nahmen an einem solchen „Frauenmarsch“ im Februar 2018 die Lichtenberger:innen Marianne Kleinert, Karsten Woldeit und Heribert Eisenhardt teil. Wahrscheinlich wurde auf dem Marsch die Idee zu folgendem Antrag geboren, den Heribert Eisenhardt in der darauf folgenden BVV stellte. Er beantragte, eine Ausstellung von „Terre de Femmes“ mit dem Titel „Tatmotiv Ehre“ im Bezirk zu zeigen. Diese setzt sich mit Femiziden im muslimischen Kontext auseinander. In seiner Antragsbegründung sprach Eisenhardt von der „archaischen Kultur“ der Muslima. Andere Verordnete markierten seine Rede zu Recht als rassistisch. Dass es ihm lediglich um die Show und nicht um den Inhalt ging, wurde klar, als ihn andere Verordnete darauf hinwiesen, dass die Ausstellung seit mehreren Jahren nicht mehr ausleihbar sei und der angegebene Link im Antrag auf eine tote Seite führe.

Fazit

Das Thema Antifeminismus ist bei der AfD ein Querschnittsthema. Es eint alle Fraktionen in der Partei von liberal-marktradikal bis völkisch-nationalistisch. Die Abwehr von jeglichen Emanzipationsbestrebungen steht dabei gleichberechtigt neben der strategischen Einverleibung von Frauenrechten aus rassistischen Motiven. Eine inhaltliche Bekämpfung der AfD muss somit zwangsläufig eine feministische sein. Eine feministische Abwehr der Partei geht nicht ohne gleichzeitige Abwehr ihrer rassistischen Strategien.



Links und Adressen

Gruppen und Netzwerke in Lichtenberg:

Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg (AVL)

Web: vernetzunglichtenberg.blackblogs.org

Twitter: @AVL_Bln

Lichtenberger Jugendantifa (LiJA)

Web: lija.blackblogs.org

Twitter: @LiJA_Berlin103

Insta: @lija_berlin161

Linke Aktion Lichtenberg (LIA)

Web: die-linke-lichtenberg.de/linksjugend

Facebook: Linke.Aktion.Lichtenberg

Insta: @lialichtenberg

Aktiv in Lichtenberg (AiL)

Web: plattenkosmos.berlin

Facebook: Aktiv-in-Lichtenberg

Locations in Lichtenberg:

Magda19

Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

Web: wilma19.de

WB13

Am Berl 13, 13051 Berlin

Web: wb13.org

Facebook: wb13berlin

UJZ Karlshorst

Hönower Straße 30, 10318 Berlin

Web: ujz.tumblr.com

Insta: @ujz_karlshorst



Lichtenberger Infoseiten:

Antifa Infoportal Lichtenberg

Facebook: antifa infoportal lichtenberg

AfD-Watch Lichtenberg

Facebook: AfD-Watch Berlin-Lichtenberg

Antifa Hohenschönhausen + Motiv Rechts (Archiv)

Web: ah.antifa.de

Berliner Bündnisse und Infoseiten:

Kein Raum der AfD

Web: keinraumderafd.info

Insta: @noafdberlin

Twitter: @noafdberlin

NIKA Berlin

Web: nationalismusistkeinealternative.net/berlin-brandenburg

Twitter: @nikaotberlin

Antifa Berlin (Infoseite)

Web: antifa-berlin.info

